

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M., einzl. Bestellgeld, Zustandsabnahme 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendsausgaben für Berlin und im Handel mit dem „Luzi“, „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Zeit und Welt“ und „Kinderfreund“, fremder „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lequit“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpaarige Konvaleszenz 90 Pfennig, Kellnerzettel 2.—, Besondere „Kleine Anzeigen“ des ersten und zweiten Wortes, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pönböf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 236. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

An die Partei!

Rüffet den Tag! 1878-1928.

Am 21. Oktober des Jahres 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft.

50 Jahre sind seitdem ins Land gegangen.

50 Jahre historischen Geschehens treten in den Kreis der Erinnerung.

Am 21. Oktober 1878 wurde die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Deutschlands durch ein Ausnahmegesetz schimpflichster Art außerhalb des allgemeinen Rechts gestellt und brutaler Polizeiwillkür, schändlichstem Spitzelsystem ausgeliefert. Was die Polizei durch blindwütiges Verbot von Zeitungen, Vereinen, Gewerkschaften vorbereitete, was ein verlogenes Lochspitzeltum förderte, wurde später von der Justiz durch vom Klassenhaß diktierte unglaublich harte Strafurteile vervollständigt.

Eine Flut von Erinnerungen taucht aus der Zeiten Schoß empor. Wir sah es damals in der Arbeiterbewegung aus?

Die Organisationen waren zerstört, die Kassen leer, die tätigen Genossen ausgewiesen, die Parteiorgane verboten, jeder halbwegs verdächtige Genosse auf Schritt und Tritt von Spitzeln verfolgt. Die Ausweisung, die in Frankfurt a. M. die Führer der Bewegung am Weihnachtsheligenabend, dem „Fest der Menschenliebe“, traf, kennzeichnet unauflöslich den Geist jener Zeit, in der das Parteileben gefährdet und die Agitationstätigkeit der Partei zerstückelt schien.

Bald aber richtete sie sich wieder empor. Mutige Entschlossenheit, getragen von einer Opferwilligkeit ohnegleichen, fand die Mittel und Wege, die Agitation und Propaganda für die Partei in intensiverer Weise als je zuvor, trotz Sozialistengesetz, zu betreiben.

Weit über 1000 Parteigenossen wurden durch die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes von Weib und Kind gerissen, existenzlos gemacht und in die Verbannung getrieben.

1299 Zeitungen und sonstige Druckschriften sind verboten worden.

352 Gewerkschaften, Unterstützungs-, Gefangs-, Turn-, Vergnügungs- und politische Vereine wurden aufgelöst und an tausend Jahre Strafschast und Untersuchungshaft über die Arbeiter Deutschlands verhängt, um den Rachegehlüsten der Bourgeoisie an der machtvoll vordringenden Arbeiterklasse Befriedigung zu geben.

Mit allen Mitteln suchte man die Arbeiterchaft der Sozialdemokratie abwendig zu machen. Neben der Peitsche des Sozialistengesetzes das Zuchtbrot der Verprechung sozialer Reformen.

Aber in unerschütterlicher Treue hielt die deutsche Arbeiterchaft an der Sozialdemokratie fest. Dank gebührt jenen Kämpfern, die die Wunden des Kampfes zu tragen hatten. Sie sind die Sieger geblieben. Sie stehen hoch und triumphierend über den Tagen, da sie geheßt, gequält und geächtet wurden. Ihr Werk ist zu imponierender Größe gediehen. Das Sozialistengesetz fiel. Die Sozialdemokratie triumphierte.

„Glaubt an den Sieg und ihr werdet siegen!“ Kaum ein geschichtliches Ereignis lehrt so eindringlich die Macht der Ueberzeugung wie das deutsche Sozialistengesetz. Die damals einer übermächtigen Welt von Feinden zum Trotz der sozialistischen Idee den Weg bahnten, haben es erlebt, wie aus der kleinen verfolgten Schaar die stärkste Partei wurde, auf deren Ueberwindung niemand mehr rechnen konnte. Die Tausende, die unter dem Joche des Sozialistengesetzes rangen, die Weltbekanntheit wie die Namenlosen, leben heute noch in ihrem Werk, in der Größe und Macht der sozialistischen Bewegung.

In Bismarck, dem Mann von Blut und Eisen, der die Sozialdemokratie in Blut ertränken wollte, sank der Drache dahin, bezwungen von dem jungfrischen Riesenproletariat. Neu erstanden die Organisationen der Partei, der Gewerkschaften; das Genossenschaftswesen blühte empor. Die sozialdemokratische Presse wurde zu einer Macht, die der täglichen Brunnenergiftung der kapitalistischen Presse mit Erfolg ent-

gegentrat. Die Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung, der Arbeiterfängerbund, die Volksbühnenbewegung und andere sich im sozialistischen Kulturbund betätigende Organisationen förderten zu ihrem Teil den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schulter an Schulter mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer marschierte die deutsche Arbeiterklasse vorwärts. Kulturpolitisch, wirtschafts- und staatspolitisch spannte sie ihre Ziele höher und im Gleichschritt der Arbeiterbataillone marschierte sie an der Spitze des internationalen Sozialismus, dem Siege entgegen. Selbst jene Periode des Grauens, die im Weltkrieg die Völker der Welt gegeneinander marschieren und Millionen dahinsinken sah, vermochte nur zeitweise den Vormarsch des internationalen Sozialismus zu hemmen. Kaum war der eherne Mund der Kanonen verstummt, als die Soldaten des Sozialismus sich bereits wieder zusammenfanden zu neuer Arbeit im Sinne und Geist des Kampfes gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Wunden vorübergehender Parteisplaltung schlossen sich und auch international gliederten sich Gewerkschaften und politische Organisationen wieder in Kadern, wie sie an Stärke die Welt nicht kennen.

„Es ist nichts anders geworden“ höhnt manch einer, der die Geschichte nicht kennt, der den Sturz der Monarchie, das Werden des Volksstaates und seine innere Gestaltung nicht zu fassen vermag oder nicht fassen will. Aus der kleinen verfolgten Schaar, die vor 50 Jahren zertreten werden sollte, ist die Sozialdemokratie, die Partei des schaffenden Volkes, die Partei der Kopf- und Handarbeiter geworden. In Reich, Staat und Gemeinde sehen wir ihren gesteigerten Einfluß. Es ist der zielbewußten Arbeit der Millionen namenloser Kämpfer zu danken, wenn heute an der Spitze wichtigster Ministerien in Reich und Ländern Sozialdemokraten stehen und wenn in den Parlamenten Sozialdemokraten Träger der höchsten Würden sind.

Hinter ihnen aber muß stehen, allen fördernden Tendenzen zum Trotz, der geschlossene Wille der Arbeiterschaft, der Entwicklung die Wege zu ebnen und den Bau zu vollenden, den unsere Alten prophetisch sahen, zu dem sie den Grundstein legten und den aufzuführen wir weiter tätig sind:

Den Bau der freien sozialistischen Gesellschaft!

Zum 21. Oktober dieses Jahres ruft die Sozialdemokratie euch, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte zu gewaltigem Aufstakt.

Ein Tag geschichtlicher Lehre ruft, an dem alle Zweige der Arbeiterbewegung und alle befreundeten Verbände, die den Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie mit dienen, sich vereinigen zum Tag des Bekenntnisses, zum Tag der Werbung, zum Tag der Förderung für die Ideen des Sozialismus.

Am 21. Oktober hält die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Heerzschau ab.

In jeder Stadt, in jedem Dorf, überall, wo sich Gesinnungsgenossen finden, vereine dieser Tag Männer, Frauen und Jugendliche, um in Rückblick und Ausblick neue Kräfte zu sammeln, die Organisation zu stärken und das Feuer der Begeisterung hochlodern zu lassen zu einer Flammensäule wahrhaft idealen Sinnes, an der alle die sich verzehren sollen, die hämisch und neidisch der Arbeiterbewegung ihren Fortschritt hemmen wollen.

Auch der kleinste Ortsverein der Partei muß diesen Tag festlich begehen. Alle der Partei befreundeten Organisationen: Gewerkschaften, Sport- und Turnvereine, Arbeiter-Gefangsvereine, auch die Jugendverbände müssen zu einer würdigen Feier an diesem Tage mit der Partei vereint werden.

Der 21. Oktober, der sozialdemokratische Tag, dient der Vorbereitung für die sozialdemokratische Werbeweche vom 21. bis 29. Oktober. Der 21. Oktober soll alle Organisationen vereinen, die einstmal von den Schlägen des Sozialistengesetzes getroffen wurden. An die Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

Das Vertrauensvotum.

Die Praxis des Deutschen Reichstages.

Von Reichstagspräsident Paul Löbe.

Die Annahme des Billigungsantrages für die Regierung Müller-Strefemann-Severing hat wieder eine Debatte darüber hervorgerufen, in welcher Form das in der Weimarer Verfassung vorgeschriebene Vertrauensvotum für die deutsche Regierung ausgesprochen werden muß.

Herr Oberfinanzrat Bang stellt in der „Deutschen Zeitung“ tief sinnige Untersuchungen darüber an, daß nach dem Verhalten des Reichstages die gegenwärtige Regierung das in der Verfassung vorgeschriebene Vertrauensvotum nicht befreit, weil der nicht ernst gemeinte nationalsozialistische Vertrauensantrag nicht zur Abstimmung kam, sondern die nicht so weitgehende Billigungsformel der Regierungsparteien. Aber auch andere Kritiker bezeichnen den Billigungsantrag als einen nicht sehr erwünschten Ausweg aus den Erwägungen und Bedenken zaghafter Fraktionen. Herr Oberfinanzrat Bang muß sich zunächst gesagt sein lassen, daß seine eigene Fraktion denselben Ausweg in der Vergangenheit mehrfach benützt hat, ja sogar noch mütterlichen „Vertrauens“-erklärungen gegenüber früheren Regierungen zugestimmt hat. Vor mir liegt ein Antrag vom 20. Januar 1925, der sich auf die Regierung des Reichskanzlers Luther bezog. Der Antrag hat folgendes Gesicht:

„Der Reichstag wolle beschließen:
Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.
Schulz (Bromberg) und Fraktion.
Fehrenbach und Fraktion.
Dr. Schulz und Fraktion.
Drewitz (Berlin) und Fraktion.
Leicht und Fraktion.“

Es folgen dann die Einzelunterschriften. Die Fraktion des Herrn Oberfinanzrat Bang hat sich also ebenfalls begnügt, zu „billigen“, aber sie hat auch diesem Billigungsantrag durch Abstimmung den Vorrang vor anderen Anträgen gegeben, obwohl damals zwei klare Mißtrauensvoten, eins von Müller-Franken und Fraktion und eins von Stöcker und Fraktion hätten den Vorrang haben müssen. Die deutschnationalen Minister Schiele, v. Schlieben und Neuhaus übten auf Grund dieser Billigungsresolution ihr Regierungsamt aus. Aber noch mehr: Beim dritten Kabinett Marx kam es nicht einmal bis zur „Billigung“, sondern nur bis zur „Kenntnisnahme“. Der betreffende Antrag, datiert vom 19. Mai 1926, lautet:

„Der Reichstag nimmt von den Erklärungen der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über.“

Bon Guérard und Fraktion.
Dr. Schulz und Fraktion.
Koch-Weber und Fraktion.
Lang und Fraktion.“

Auch dieser Antrag ging wegen der Formel, die den Uebergang zur Tagesordnung über alle anderen Anträge verlangt, den gestellten Mißtrauensanträgen voran. Hat also die Billigung des Jahres 1925 und die Kenntnisnahme des Jahres 1926 bei den Kabinetten Luther und Marx ausgereicht, um das vorgeschriebene Vertrauen auszudrücken, so muß das auch bei dem Kabinett Müller-Strefemann-Severing rechtens sein.

Trotzdem ist es wünschenswert, daß die Frage der Form des Vertrauensvotums für die Zukunft einwandfrei geklärt wird. Man kann das auf zweierlei Weise tun. Entweder, indem man sich eng an den Wortlaut der Verfassung hält, die ausdrücklich vom Vertrauen spricht. Man kann es aber auch tun, indem man den Sinn der Verfassung gelten läßt, der dahin zielt: Es muß festgestellt werden, ob eine Mehrheit des Parlaments damit einverstanden ist, daß die Regierung ihr Amt übernimmt bzw. weiterführt. In Frankreich hat sich die Uebung eingebürgert, daß die Regierung selbst denjenigen Antrag zur Tagesordnung bezeichnet, der ihr das Weiterarbeiten möglich macht. Die Parteien sehen dann vollständig klar, und es kann keine Trübung des Mehrheitswillens eintreten. Wer die Regierung nicht im Amte lassen will, stimmt gegen die von der Regierung als ausreichend bezeichnete Tagesordnung; wer sie im Amte behalten will, stimmt für sie. Bei

Heute 8 Uhr abends auf dem Gendarmenmarkt
Reichsbanner-Kundgebung für den Verfassungstag!

dem Mehrparteiensystem in Deutschland, bei der Verschiebung der Regierungsträger um die Mitte herum wird es sich vielleicht empfehlen, diese Form zu wählen. Ich habe den Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags bereits gebeten, die Angelegenheit zu untersuchen und dem Hause eine für allemal gültige Form der Abstimmung vorzuschlagen.

Bei der Gelegenheit sei eines anderen Zwischenfalls kurz gedacht, der sich anlässlich der letzten Regierungsdebatte ereignete, der Ausweisung des nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser aus der Sitzung. Einige ultrarechte Zeitungen haben die Ordnungsmassnahme als übertrieben weitgehend angesehen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß es der Abgeordnete Strasser war, der in einer der letzten Sitzungen des vergangenen Reichstags von dem „Misthaufen der Republik“ sprach und dafür von einem Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen wurde. Am dritten Sitzungstage des neuen Reichstags nahm sich derselbe Abgeordnete heraus, einen Abgeordneten auf der Rednertribüne zweimal mit dem Ruf „Judenlump!“ zu beschimpfen. Auch diese Ausschreitung wurde nur mit zwei Ordnungsrufen gerügt. Dann folgten die Ausfälle gegen den Reichsfinanzminister Hüfner, und es ist kein Zweifel, daß der Ton des Parlaments in diesen Tagen nicht mehr die Würde überhaupst nicht mehr die Rede sein kann, wenn gegen einen Abgeordneten, der so systematisch die Beschimpfungen der Strafe ins Parlament trägt, nicht energisch vorgegangen würde. Darüber kann ein Streit unter Männern, die überhaupt das Ansehen des Parlaments erhalten wollen, meines Erachtens nicht bestehen. Es wird im Gegenteil noch peinlich dafür gesorgt werden müssen, daß der Ton der Gasse nicht im Reichstag heimisch wird!

Sitzung des Reichskabinetts.

Fortsetzung der Verhandlungen mit Polen, Kellogg-Pakt, die ersten Gesetzentwürfe verabschiedet.

Das Reichskabinetts trat gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Hermann Müller zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst unter Beteiligung des Reichsministers a. D. Dr. Hermes und des Befehlshabers Kauscher der Abwendung einer Rote an die polnische Regierung über die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zugestimmt wurde, die durch den Erlaß der polnischen Grenzonenverordnung seinerzeit eine Störung erfahren hatten. Die Erörterung im Kabinetts hat sich auf die Behandlung dieser rein formalen Frage beschränkt; die bisherigen Instruktionen für die deutsche Delegation in sachlicher Beziehung bleiben daher unverändert. In der Rote wird u. a. dem Vorschlag der polnischen Regierung zugestimmt, daß die beiderseitigen Delegationsleiter beauftragt werden, das Nähere über die Fortsetzung der Verhandlungen zu vereinbaren.

Das Reichskabinetts nahm alsdann einen Bericht über den Kriegsschlichtungspakt entgegen, der heute den auswärtigen Ausschuss des Reichstags beschäftigen wird.

Am Anchluss hieran legte das Reichskabinetts in großen Zügen seinen Arbeitsplan auf Grund der Regierungserklärung fest. Insbesondere wurden bereits die in der Regierungserklärung angeführten Gesetzentwürfe betreffend den Reichswirtschaftsrat, die Handwerksnovelle, das Berufsausbildungsgesetz und das Schanzstättengesetz vom Reichskabinetts verabschiedet.

153.

Noch ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat.

Der 153. sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete wird in kurzer Zeit in den Wahlbau einziehen. Im Wahlkreis Ostpreußen sind durch ein Versehen beim Addieren die Stimmen aller Parteien von 50 Wahlbezirken im Landkreis Gerdenen nicht mitgezählt, darunter 4622 sozialdemokratische Stimmen, die auf die Reichsliste fallen. Dadurch erhöht sich der sozialdemokratische Stimmenrest auf der Reichsliste von 26 165 auf 30 787 Stimmen. Da auf einen Rest von mehr als 30 000 Stimmen noch ein Mandat entfällt (§ 32 der WBO.), muß der sozialdemokratische Reichsliste das 10. Mandat zugewiesen werden, das auf den Genossen Falkenberg fällt. Die sozialdemokratische Fraktion wird dadurch 153 Mitglieder stark.

Der Kreiswahlausschuss in Ostpreußen wird zunächst eine neue Feststellung des Wahlergebnisses treffen und der Reichswahlausschuss darauf die Reichslisten aller Parteien korrigieren, wodurch sich das mitgeteilte Resultat ergibt. Es ist Sache des Reichsinnenministeriums und des preussischen Innenministeriums, für die nötige Beschleunigung zu sorgen, damit Genosse Falkenberg sein Amt in wenigen Wochen antreten kann.

Reichstag / Landtag.

Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten.

Nach der Pause treten am Dienstag der Reichstag und der Landtag zu ihrem voraussichtlich letzten Tagungsabschnitt vor den Sommerferien zusammen.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung, die um 3 Uhr beginnt, steht in erster Linie der Gesetzentwurf über den Rationalisierungstag. Ferner soll die erste Beratung des Strafgesetzbuchentwurfs vorgenommen werden, der erneut einem besonderen Ausschuss überwiesen werden soll. Fragen, die noch der Erledigung harren, sind außerdem im Reich vor allem die Amnestie und die Einkommensteuererhöhung. Ueber diese Fragen werden am Dienstag vormittag die Besprechungen mit den Parteiführern aufgenommen.

Bezüglich der Amnestie werden sich die Besprechungen vor allem auf die Länder erstrecken, da für eine Reichsamnestie die Zustimmung der Länder notwendig ist. Um 11 Uhr tritt dann der Rechtsausschuss des Reichstags zusammen, um die Beratung der Amnestiefrage zu beginnen. Ferner hält der auswärtige Ausschuss eine Sitzung ab, die sich mit Kellogg-Pakt, Sicherheitskomitee und Rüstungsabstimmung beschäftigen wird. Im Sozialen Ausschuss steht die Frage der Krisenunterstützung zur Beratung.

Die Sitzung des Landtags beginnt um 1 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst die endgültige Wahl des Präsidiums, dann der Gesetzentwurf über die Vereinigung Baldeks mit Preußen, die Ausschussanträge zur Flaggenfrage, über Unangetriebene und über die Amnestie,

Die Krise der Deutschnationalen.

Bekanntnis zur Monarchie. — Drei Gruppen: Lambach, Westarp, Hugenberg. Hart an der Spaltung!

Das deutschnationale Rehergericht über Lambach hat mit einer Beurteilung Lambachs und mit einem neuen Bekenntnis zur Monarchie geendet. Die deutschnationale Parteivertretung hat den Spruch über den Fall Lambach mit sehr geringer Mehrheit gefaßt. Dieser Spruch wird die Bewegung, deren Stimme Lambach ist, schwerlich zum Schweigen bringen. Die Tatsache, daß die deutschnationalen Angestellten über die Frage Monarchismus anders denken als pensionierte Offiziere und Beamte und Großagrarien, wird durch eine Wiederaufwärmung der monarchistischen Sätze des deutschnationalen Programms nicht aus der Welt geschafft. Der soziale Tatbestand ist stärker als die Ideologie des deutschnationalen Programms.

Das neue Bekenntnis zur Monarchie unterstreicht die politische und moralische Doppelzüngigkeit der Deutschnationalen.

Ihre Minister haben den Eid auf die Verfassung abgelegt. Ihre Führer haben mit Zustimmung der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Richtlinien unterstrichen, die die Anerkennung der Republik enthielten. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat dem Republikshutgesetz und der Verlängerung der Verbannung Wilhelms II. zugestimmt. Ihre Parteivertretung aber bekennt sich erneut zu den monarchischen Grundsätzen. Was ist ehrlich und was ist Lüge?

So brüchig wie die deutschnationale Ehrlichkeit ist das deutschnationale Parteigefüge. Die inneren Differenzen sind durch die Beschlüsse der Parteivertretung nur notdürftig nach außen verdeckt worden, ihr Austrag ist auf den Herbst verschoben worden. Diese Differenzen sind so stark, daß sie hart an die Spaltung herangeführt haben. Herr Hugenberg hat seine Anhänger gesammelt. Er hat wissen lassen, daß seine Gruppe in der deutschnationalen Reichstagsfraktion Fraktionsstärke besitzt, also mehr als 15 Abgeordnete umfaßt. Die Abstimmungen auf der Parteivertretung haben gezeigt, daß er dort eine Mehrheit besaß.

Ueber die Vorgänge auf dieser Tagung berichtet der „Jungdeutsche“:

„Der Hergang war etwa folgender: Am Sonntag faßte die Parteivertretung zum Fall Lambach den folgenden Beschluß:

„Die Parteivertretung tritt der dem Herrn Abgeordneten Lambach seitens der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgesprochenen Mißbilligung in vollem Umfange bei. Die weitere Entscheidung bleibt den sachsmäßig zuständigen Stellen vorbehalten. Deshalb werden die gestellten Ausschussanträge dem zuständigen Landesparlament als Material überwiesen. Aus diesem Anlaß bekennt die Deutschnationale Partei sich erneut zu den monarchistischen Grundsätzen ihres Parteiprogramms.“

Dieser Beschluß bedeutet, daß die Parteivertretung es ablehnt, über den Ausschluß Lambachs zu verhandeln. Auch der Parteivorstand hatte einen Beschluß mit allen gegen eine Stimme gefaßt, in dem es abgelehnt wird, zu dem Ausschussantrag gegen Lambach vom Parteivorstand aus Stellung zu nehmen. Damit war die Gruppe des Geheimen Finanz-

rats Hugenberg aber nicht zufrieden. Der Abgeordnete Hugenberg hat

innerhalb der Fraktion eine Wdeutsche Vereinigung gegründet und die Parteinstanzen wissen lassen, daß diese Vereinigung Fraktionsstärke habe; das bedeutet also, daß Hugenberg sich gegebenenfalls mit den Abgeordneten Gotz, Bang usw. im Reichstag selbständig machen könnte. Graf Westarp wandte sich natürlich gegen die Drohung Hugengebgs.

Am Montag vormittag zeigte sich dieser Zwist zwischen dem Grafen Westarp und dem Abgeordneten Hugenberg in der Parteivertretung ganz klar. Graf Westarp stellte den Antrag, daß die Parteivertretung im Fall Lambach die Entscheidung den zuständigen Parteinstanzen überlasse. Geheimrat Hugenberg lehnte diesem Antrag ein „Rein“ entgegen. Er wollte sofort über den Ausschluß Lambachs verhandelt haben.

In der Abstimmung blieb Graf Westarp mit 64 gegen 67 Stimmen in der Minderheit.

Er legte darauf den Parteivorstand sofort nieder und verließ den Saal. Darauf faßte man einstimmig einen Beschluß, daß die Parteivertretung auch weiter zum Grafen Westarp als Parteiführer das Vertrauen habe. Der Abgeordnete Ballroß wurde beauftragt, den Grafen Westarp zurückzuholen. Nach einigem Zögern war dieser bereit.

In Einzelbesprechungen wurde dann ein Kompromiß gesucht. Um 1 Uhr trat die Parteivertretung wieder zusammen. Zunächst wurde eine Entschlieung gefaßt, in der die Parteivertretung betont, daß sich derjenige außerhalb der Partei stelle, der sich gegen die Entscheidungen der zuständigen Parteinstanzen wende. Für die Öffentlichkeit wurde folgende Entschlieung gefaßt:

„Die Parteivertretung billigt einstimmig die Oppositionsstellung der Reichstagsfraktion, wie sie in den Reden der Fraktionsvertreter zum Ausdruck gekommen ist, und ersucht die Fraktion, die Politik der Deutschnationalen Volkspartei auf dieser Basis weiterzuführen. Die Partei steht gegen die gemeinsamen Gegner einig bis auf den letzten Mann.“

Dies ist der Wortlaut der Entschlieung, wie er zuerst an die Presse herausgegeben wurde. Eine Viertelstunde später aber wurde der letzte Satz: „Die Partei steht gegen die gemeinsamen Gegner einig bis auf den letzten Mann.“ wieder gestrichen und dieses der Presse mitgeteilt. Die Streichung dieses Satzes, an dem nach allem Vorhergegangenen doch niemand glaubt hätte, ist ein Symbol dafür, daß die Auseinandersetzungen in der Deutschnationalen Volkspartei nur vorübergehend sind.“

Die Krise besteht fort. Eine neue Tagung der Parteivertreter im Herbst soll den Gegenfah Westarp-Hugenberg austragen. Bis dahin führt Westarp den Vorsitz weiter. Hugengebgs Kandidat für den Parteivorstand ist Herr Oberfahren. Die Einheit der deutschnationalen Volkspartei wird nur noch mühselig behauptet. Die innere Unehrlichkeit der deutschnationalen Politik rächt sich!

Ausbau der Sozialpolitik.

Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die nornnehmlich dem Ausbau der Sozialpolitik dienen. Die Fraktion fordert:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag baldigst nachstehende Vorlagen zu unterbreiten:

- a) Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes; einschließlic des Bergarbeiterschutzes;
- b) Entwurf einer Seemannsordnung und einer Vorlage, durch die die seemannischen Arbeitnehmer in die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einbezogen werden;
- c) Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes;
- d) Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes;
- e) Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes;
- f) Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes.

Zum Ausbau des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes wird beantragt:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag 1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der im Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vorgesehene Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz ausgedehnt wird auf die Landarbeiterinnen und Hausangestellten und

2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem auf das laut § 195a Abs. 1 Ziffer 3 und Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung zu

zahlende Wochenlohn ein Zuschuß gewährt wird in dem Fall, daß die Schwangere während sechs Wochen vor der Niederkunft keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt.

Dieser Zuschuß ist bis zum Tage der Niederkunft zu zahlen in einer solchen Höhe, daß das Wochenlohn zuzüglich des Zuschusses die Höhe des Grundlohnes erreicht.“

Auf die Sicherung der Rechte der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung beziehen sich die folgenden Anträge:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der in der sozialen Versicherung die Selbstverwaltung nach folgenden Richtlinien herbeiführt:

1. Den Versicherten ist der maßgebende Einfluß einzuräumen. Auszugehen ist dabei von dem Zweck der Versicherung, nicht von der Art und Höhe der Beitragsleistung.

2. Das Recht der Selbstverwaltung schließt in sich, daß die Beamten und Leiter von den Organen der Versicherungsträger zu wählen sind.

3. Das Aufsichtsrecht des Staates darf nicht zu bürokratischer Bevormundung führen.“

„Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichsarbeitsminister zu ersuchen, die Vfsichtversicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 9600 Reichsmark festzusetzen.“

Staatsgericht und Verfassungstag.

Die Entscheidung über die Potsdamer Flaggenfrage.

Leipzig, 9. Juli.

Im sogenannten Potsdamer Flaggenstreit faßte der Staatsgerichtshof heute abend folgende Entscheidung: Die preussische Verordnung vom 8. August 1927 über das Beflaggen der gemeindlichen Dienst- und Schulgebäude ist mit der preussischen Verfassung unvereinbar.

Die Verfassungswidrigkeit liegt, wie Reichsgerichtspräsident Dr. Simons in der Begründung ausführte, darin, daß die sachlichen Voraussetzungen des Artikels 55 der preussischen Verfassung für den Erlaß einer Notverordnung insofern nicht gegeben seien, als der Inhalt der Notverordnung nicht dem mit der Verordnung verfolgten Ziele adäquat sei. Statt die Verordnung auf den eigentlichen Zweck, die Verhütung von Zwischenfällen zu beschränken, habe die preussische Regierung die Gelegenheit ergriffen, um das gesamte Flaggenrecht zu regeln. Das bedeute aber

eine Verschiebung der Rechtslage, so daß die Notverordnung insofern als verfassungswidrig vom Staatsgerichtshof anerkannt werden mußte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs bezeichnet nicht die Notverordnung an sich als verfassungswidrig, sondern ihre generelle Fassung, die den Anschein erwecken konnte, als ob die preussische Regierung durch die Notverordnung die Flaggenfrage nicht nur einmalig für den 11. August, sondern dauernd regeln wollte.

Inzwischen liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf vor, der die Frage des Verfassungstages im Sinne der preussischen Notverordnung für das ganze Reich regeln will. Wird der Entwurf Gesetz, so könnte sich die preussische Regierung mit Ausführungsbestimmungen begnügen. Wird er nicht Gesetz, so steht es Preußen nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes frei, für Preußen ein eigenes Gesetz einzubringen. Daß ein derartiger Entwurf in Preußen eine Mehrheit finden würde, ist nach der Zusammenfassung des Landtages nicht zu bezweifeln.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Leipart über Wirtschaftsdemokratie.

Hamburg, 9. Juli.

Der 16. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wurde am Sonntag in dem schön renovierten Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Vertreter der Hamburger Jahrlöhler, Bock, wies darauf hin, daß bereits vor 24 Jahren ein Verbandstag der Fabrikarbeiter in Hamburg war, als erst ein kleines Häuflein organisierter Fabrikarbeiter in Hamburg verbunden war. Jetzt ist es eine Achtung gebietende Zahlstelle, die den Verbandstag in den Mauern Hamburgs willkommen heißt.

Der Verbandsvorsitzende August Brey wies auf das farbenprächtige Bild hin, das der Saal bietet. Der Verband der Fabrikarbeiter ist zur starken Organisation geworden und spielt heute im wirtschaftlichen Leben eine nicht unwichtige Rolle. Der Verbandstag soll Mittel und Wege suchen, um die gemeinsame Kampffront, die ihn mit den übrigen Gewerkschaften verbindet, zu stärken. Er kämpft

um das Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft

und um den Mehrertrag aus dem Ertrage der Arbeit. Als der Verbandstag 1904 in Hamburg tagte, zählte der Verband 45 000 Mitglieder, heute steht eine 10fache stärkere Armee im Verband der Fabrikarbeiter geeinigt da. Wie die damaligen Beschlüsse lösen auch die jetzigen zur Stabilität der Organisation beitragen. So wenig sich die Beschlüsse von Steptikern an den damaligen Verbandstag erfüllten, so wenig können sie auch heute gelten.

Genosse Brey kam in seiner farsichtlichen Art auf die Bemühungen der R.P.D. zu sprechen, auf die Wahlen zum Verbandstag Einfluss zu gewinnen. Sowohl die Vorbereitungen, als auch die Durchführung des Verbandstages lagen aber in besten Händen und seien auf den Satzungen begründet, die in 30jähriger Arbeit entstanden sind. Der Verbandstag wird sich bemühen,

ein Bild der Einigkeit

zu geben. Er wird zeigen, daß der Fabrikarbeiterverband ein wichtiges Glied der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung ist.

Die Vertreter der Behörden, insbesondere Senator Reumann und der Oberbürgermeister von Altona, Brauer, begrüßten den Verbandstag. Beide stellten Vergleiche an zwischen den Verhältnissen von früher und jetzt. Senator Reumann hob treffend hervor, daß gerade Hamburg ein Beispiel sei, wie sich das Verhältnis zwischen Staat und Arbeitererschaft gewandelt habe. In Hamburg wird kein Gesetz wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art beraten, ohne daß nicht vorher die Gewerkschaften gehört werden. Der Hamburger Staat wolle die Mitarbeit der Gewerkschaften zu schätzen. Der Oberbürgermeister von Altona bekannte sich mit Stolz als Mitglied des Verbandes und hob hervor, daß er seine Schulung der Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu danken habe.

Leipart überbrachte die Grüße des Bundesvorstandes des DDB. Der Bund steht der Bewegung der Fabrikarbeiter mit besonderer Sympathie gegenüber. Wenn auch alle Verbände den gleichen Schutz des Bundes genießen, so müsse doch mit Freude anerkannt werden, daß der Verband der Fabrikarbeiter ein schwieriges Organisationsgebiet mit Erfolg zu besetzen vermochte und gegenüber einem geschlossenen Großkapital

eine gewerkschaftliche Großmacht

aufzubauen in der Lage war. Der Verband habe sich stets bemüht, ein eifriges Glied des Bundes zu sein. Die nicht zu vermeidenden Grenzstreitigkeiten mögen in aller Kameradschaft ausgetragen werden. Leipart wies dann auf den nächsten Gewerkschaftskongress hin und lenkte die Blicke auf die wichtigen Fragen über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft.

Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress wurde diese wichtige Frage aufgerollt. In der Zwischenzeit hat der Bund mit Hilfe von Fachleuten und Wissenschaftlern diese Frage gründlich untersucht. Die Forderungen an Staat und Gesellschaft, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft zur Durchführung zu verbessern, wird auf dem Gewerkschaftskongress in den nächsten Wochen in Hamburg erneut und mit allem Nachdruck erhoben. Nachdem Deutschland politisch zur Republik geworden, ist es an der Zeit, daß

auch in der Wirtschaft die Republik

durchgeführt wird. Der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg, John Ehrensteil, begrüßte den Kongress im Namen von 400 000 Arbeitern der nordischen Wasserfront. Die Hamburger Gewerkschaftsbewegung mußte heute 200 000 Mitglieder. In diesem Jahre gelang es, bereits rund 25 000 neue Mitglieder zu werben. Ein einiges Band umschließt in Hamburg die drei Arme der Arbeiterbewegung: Gewerkschaften, Partei und Genossenschaften.

Als Vorsitzende des Verbandstages wurden die Kollegen Brey, Hannover, Bock, Hamburg und Wolmann, Berlin gewählt. Der Einfluß der Kommunisten auf dem Verbandstag kam bereits in der Eröffnungsrede zur Geltung. Von insgesamt 164 Delegierten stimmten fünf den Anträgen der Kommunisten zu.

Der zweite Sitzungstag des Verbandstages der Fabrikarbeiter wurde eröffnet mit den Begrüßungsreden der ausländischen Gäste. Der Sekretär der Glasarbeiter-Internationale, Delzanti, Paris, berichtete über die Bemühungen des internationalen Sekretariats, die katastrophalen Folgen der Umstellung der Glasindustrie aller Länder für die Arbeitererschaft abzuwehren. Überall sei man dabei,

die Verschmelzung der Glas- und Porzellanarbeiter

mit der Organisation der Fabrikarbeiter vorzunehmen. Ferner sprachen noch Vertreter aus Schweden, Dänemark, Norwegen und Oesterreich, der letztere zugleich im Namen der tschechischen und holländischen Bruderorganisationen.

Genosse Brey dankte den ausländischen Gästen und ergänzte das von ihnen gegebene Bild über die internationale Strukturwandlungen der Wirtschaft. Dem internationalen Zusammenstrebungen des Großkapitals in der Chemie usw. kann nur durch einen lückenlosen Ausbau der Gewerkschaftsverbände jedes Landes begegnet werden und darüber hinaus durch die Festigung der internationalen Beziehungen. Auch der deutsche Verband wünscht recht bald den Zeitpunkt herbei, wo die österreichische Bruderorganisation in einen Bau des Fabrikarbeiterverbandes umgewandelt werden kann.

Verbandstag der Bekleidungsarbeiter.

Wiederwahl des Vorstandes.

Auf dem Verbandstag des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes in Steintin wurde bei der Beratung der Statutenfrage beschlossen, das Streitreglement dahin abzuändern, daß bereits die Hälfte der in einer Branche beschäftigten Mitglieder zur Entscheidung für den Streikbeginn genügt. In einem Vortrag über die technische Umwälzung in der Bekleidungsindustrie schilderte der Verbandsvorsitzende Blettli die Bedeutung der Verwendung hochwertiger Spezialmaschinen, die ausgezeichnete Qualitätsarbeit liefern und die Fertigkeiten der geübtesten Handarbeiter erheben. Die Verwendung dieser Maschinen erleichtere das Eindringen ungelerner Arbeiter und besonders ungelerner Arbeiterinnen in das Schneidergewerbe und vermehre zugleich die Arbeitslosigkeit. Zur Bekämpfung der mit dieser Entwicklung verbundenen Uebelstände forderte der Verbandstag in einer einstimmig angenommenen Entscheidung: Kampf um möglichst hohe Löhne zur Hebung der Kaufkraft, strenge Einhaltung des achtstündigen Maximalarbeitstages und darüber hinaus entsprechend der Steigerung der Leistungsfähigkeit weitere Arbeitszeitverkürzung, Kampf um den freien Sonnabend, gleiche Entlohnung aller Arbeiten, einerseits ob sie von Männern oder Frauen, gelernten oder ungelerten Arbeitskräften hergestellt werden, Verbot, Frauen an Bügelmaschinen (Hoffmann-Presse u. a.) zu beschäftigen und schließlich Beschränkung der Bedienung der Heißbügelmaschinen auf höchstens zwei pro Kopf.

Die Neuwahl der Verbandsleitung ergab folgendes Resultat: Blettli, 1. Vorsitzender; Bloog, stellvertretender Vorsitzender; Heilmann, Kassierer; Weider, Sekretär und Thierfelder, Schriftleiter. Als unbesoldete Mitglieder der Zentralleitung wurden gewählt: Stähler, Dittmann, Hansmann, Katschewski, Schulz, Sabath und Schuhmacher. Die Gauleiter des Verbandes wurden wiedergewählt.

Eine gute Bilanz.

Der Sattlerverband im Jahre 1927.

An dem allgemeinen Aufschwung der deutschen Gewerkschaften im Vorjahre hat auch der Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband einen verhältnismäßig starken Anteil. Er hat, wie aus seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1927 hervorgeht, im Vorjahre 2248 Mitglieder gewonnen, so daß er Ende 1927 insgesamt 29 618 Mitglieder zählte, wovon 5470 weibliche waren. Der Mitgliederbestand stieg bei den Frauen um 16,2 Proz. und bei den Männern um 6,6 Proz. Die stärkere Mitgliederzunahme bei den Frauen ist einmal darauf zurückzuführen, daß infolge der fortschreitenden Technisierung immer mehr Frauen an Stelle von Männern beschäftigt werden, zum anderen aber auch darauf, daß in den Betrieben noch größere Reserven von unorganisierten Arbeiterinnen vorhanden sind. Eine bedauerliche, aber in fast allen Gewerkschaften schier unausrottbar Erscheinung ist die starke Fluktuation in der Mitgliederbewegung. Auch im Sattlerverband fanden im Berichtsjahre 11 038 Neuaufnahmen 8790 Austritte usw. gegenüber.

Der Mitgliederertrag wäre bestimmt noch größer gewesen,

Achtung, Buchdrucker!

Am Donnerstag, dem 12. Juli, 17^{1/2} Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (großer Saal) die Generalsversammlung unseres Vereines statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht unseres Gauvorsitzers über die Gauvorsitzerkonferenz in Köln und die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Hamburg. Wegen der wichtigen Tagesordnung erwarten wir vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen, soweit sie Betriebs- oder Bezirksdelegierte sind. Der Fraktionsvorstand trifft sich um 17 Uhr im Saal 5.

wenn nicht trotz der allgemein guten Wirtschaftslage in verschiedenen Branchen der Lederwarenindustrie im Vorjahre die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ziemlich groß gewesen wäre. So waren in der Lederwarenindustrie im Jahresdurchschnitt 19,5 Proz. der Mitglieder arbeitslos und 10,4 Proz. Kurzarbeiter. Im Tapezierergewerbe waren 14,5 Proz. arbeitslos und 3,5 Proz. Kurzarbeiter, in der Fahrzeugindustrie 6,1 Proz. arbeitslos und 11,9 Proz. Kurzarbeiter, in der Treibriemenindustrie 11,1 Proz. arbeitslos und 4,4 Proz. Kurzarbeiter und in den sonstigen Industrien 21,4 Proz. arbeitslos und 6,4 Proz. Kurzarbeiter.

Die aber immerhin günstigeren Konjunktur als im Jahre 1926 ermöglichte es der Organisation, in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Teil ganz ansehnliche Erfolge zu erringen. Im Durchschnitt konnte im Jahre 1927 eine Lohnerhöhung von ungefähr 9 Proz. erreicht werden. Ebenfalls erhöht hat sich die Zahl der Tarifverträge und der davon erlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen. Während Ende 1926 insgesamt 86 Tarifverträge für 5115 Betriebe mit 28 759 Beschäftigten bestanden, waren es am Schluß des Berichtsjahres 104 Verträge für 5454 Betriebe mit 31 583 Beschäftigten.

Die finanzielle Entwicklung der Organisation kann als sehr gut bezeichnet werden. Der Bestand der Hauptkasse erhöhte sich im Laufe des Berichtsjahres von 130 660 M. auf 544 363 M., also um 413 703 M. Die Lokalkassen erhöhten ihre Bestände von 143 885 M. auf 225 894 M., mithin um 82 008 M. Das Jahr 1927 kann also für die Organisation als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Aller Voraussicht nach dürfte die Vorwärtswirtschaft auch im laufenden Geschäftsjahre anhalten.

Ein Affordiarif für Spezialfleber.

Nach langen Bemühungen des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuller ist es endlich zum Abschluß eines Affordiarifs für die Spezialfleber gekommen.

Die Branche, die auf Grund der Verhältnisse auf dem Wohnungsbaumarkt eine dauernde Krise seit dem Kriegsende durchmachen mußte, arbeitete früher fast ausschließlich im Afford. Dauernde Beschäftigungslosigkeit und Inflation machte eine tarifliche Affordregelung fast ganz unmöglich. Die tarifliche Lohnregelung wurde stets im Zusammenhang mit der Tapezierbranche vorgenommen und genügte auch so lange, wie die Kleber im Lohn arbeiteten.

Mit dem Eintritt der festen Währung, 1924, setzte aber die frühere Affordarbeit wieder ein. Der letzte, im Jahre 1921 abgeschlossene Affordiarif bot keine Grundlage zur Preisberechnung. Manteltariflose Zeit, schlechte Beschäftigung und damit verbundene mangelhafte Organisationsverhältnisse, Widerstand der Unternehmer und anderes mehr, verhinderten den Abschluß eines Spezialtarifs.

Ein von der Organisation im vergangenen Jahre erneute Versuch scheiterte schon in seinen Anfängen. Mittlerweile verbesserte sich das Organisationsverhältnis innerhalb der Branche und hinjunkt, daß die Unternehmer in eine gegenseitige Schlußfolgerung geraten waren, die keinen Widerstand für eine allgemeine Affordregelung mehr aufkommen ließ. Am 29. Juni traten die beiderseitigen Fraktionskommissionen zur Verhandlung zusammen und es wurde dabei ein Ergebnis erzielt, das der Stärke der gesteigerten Kraft unserer Organisation entsprach. Eine Kleberverfassung am 2. Juli nahm zu dem Ergebnis Stellung. Trotz verschiedener Kritik fand das Verhandlungsergebnis bei der Abstimmung eine große Mehrheit.

Vorgegeben ist eine paritätische Ueberwachungskommission, die für Einhaltung des abgeschlossenen Affordiarifs zu sorgen hat. Die Organisation und die Branchenleitung wird nun ihre Hauptaufgabe darin sehen, überall, wo Klebearbeiten verrichtet werden, besonders auf den Bauten, für die Durchführung des Tarifs zu garantieren, denn nur in der eigenen Stärke ist die Gewähr dafür gegeben. Trostdem bitten wir in diesem Zusammenhang alle organisierten Bauarbeiter und Handwerker, uns bei der Durchführung des Tarifs zu unterstützen.

Streik der staatlichen Schlepsschiffer.

Die Monopolschiffahrt stillgelegt.

Der Kampf bei den staatlichen Schlepptüchern, der dadurch zum Ausbruch kam, daß das Personal sich während des Rheinischschiffahrtskonfliktes weigerte, die bestreikten Rheinfahrzeuge zu schleppen, hat sich verschärft. Das Personal ist am Montag in den Angriffsstreik getreten. Die staatliche Monopolschiffahrt ruht. Mit Rietsdampfern wird der Betrieb nicht aufgenommen sein, weil das Personal dieser Dampfer Solidarität übt. Als Arbeitswillige sind in den Betrieben 27 Mitglieder der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft (christliche Richtung) vorhanden, die auch den Lohnschiedspruch vom 24. Juni anerkannt haben. Die Kanalbauverwaltung Münster (Mittelbehörde) hat für den 10. Juli die freien Gewerkschaften zu einer Besprechung über die schwebenden Streitfragen eingeladen.

Schiedspruch für Thüringer Schieferarbeiter.

Erhöhung des Spizentohnes um 5 Pfennig.

Für den Schieferbergbau in Thüringen ist dieser Tage ein Schiedspruch gefällt worden, der für den Eisarbeiter unter Tage einen Spizentohn von 67 Pf. und für den Eisarbeiter über Tage einen solchen von 66 Pf. vorliest. Der Gedingegrundlohn soll 62 Pf. betragen. Im März 1929 hätten Verhandlungen über die Frage stattgefunden, ob und in welchem Umfang vom April ab der Gedingegrundlohn dem tariflichen Spizentohn anzunähern ist. Die Gedinge sind nach dem Schiedspruch so festzusetzen, daß mindestens 15 Prozent über den Gedingegrundlohn verdient werden. Die Zulage für Arbeiten vor gefährlichen Betriebspunkten soll betrieblich geregelt werden, und das Abkommen bis zum 30. Juni 1929 laufen.

Der Bergarbeiterverband hat sich für die Annahme des Schiedspruches erklärt, fordert jedoch von den Unternehmern eine Verständigung über die noch ausstehenden Streitfragen. Zurzeit beträgt der tarifliche Spizentohn im Thüringer Schieferbergbau noch 62 Pf. die Stunde. Die Zahl der Streitenden ist im Laufe der letzten Tage neuerdings gestiegen.

Lohnverhandlungen im Saargebiet.

Saarbrücken, 9. Juli.

In den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften in der Schwerindustrie am Freitag wurde ein Teil der gegenseitigen Forderungen beizugegeben. Die Verhandlungen, die sich vorläufig erst einmal um den Abschluß eines neuen Lohnarifs drehen, werden am nächsten Freitag fortgesetzt werden.

Die Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterorganisationen und der französischen Saargebietenverwaltung über den Abschluß eines neuen Lohnarifsvertrages werden am 16. Juli beginnen.

Kein Streik der Rheinschiffer.

Bei den Lohnverhandlungen in der holländischen Rheinschiffahrt hat sich am Sonnabend der Arbeitgeberverband zu einigen weiteren Zugeständnissen bereit erklärt. In Rotterdam und in Dordrecht wurde daraufhin ein vom Transportarbeiterverband empfohlenes Kompromißabkommen mit überwältigender Mehrheit angenommen, während sich in Duisburg die Mehrheit für den Streik entschied. In der Gesamtstimmung haben sich somit reichlich zwei Drittel für das Kompromiß und gegen den Streik ausgesprochen. Das neue Lohnabkommen sieht in der Hauptsache die Zulassung dreier jährlicher Ferientage und außerdem sechs neue freie Tage sowie eine geringe Lohnerhöhung des Personals der Schlepsschiffahrt vor.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, 19^{1/2} Uhr, tagen die Gruppen: Frankfurter Allee: Gruppenheim Städtisches Jugendheim Alteuer Str. 18, Zimmer 2. Vortrag: „Ein Ausflug ins Weltall.“ — Ren-Lichtenberg: Jugendheim Kaufstraße (Sportplatz), an der Lessingstraße. Literarischer Abend: „Müchli's Cogen.“ — Landsberger Platz: Gruppenheim Jugendheim Diehlenerstr. 3. Vortrag: „Reiseleichte Körperkultur.“ — Leptow: Gruppenheim Jugendheim Schule Wilhelmstraße, 33/34. Vorträge: „Schieber.“ Gruppenheim Jugendheim des Verkehrsverbandes, Angelerstr. 24/26. Vortrag: „Was ist auf dem Sportplatz im Urban.“ — Humboldt: Gruppenheim Jugendheim Geau, Ecke Kochingstraße. Wir feiern das einjährige Bestehen der Gruppe. — Wilmersdorf: Nordkreis — Hochschichters — im Hofstadl Wilhelmstr. Treffen 18^{1/2} Uhr am Eingang. — Wilmersdorf: Treffen des Metallarbeiterverbandes, Berlin-Baumgartenweg, an der Obersee, hinter dem Fotohaus Nordkreis. Sport: Spiel und Tanz auf dem Sportplatz Wilhelmstraße. Gefundbräuer: Spielen auf dem Sportplatz Humboldtplatz. Schwimmen: Trainingsabend auf dem Sportplatz im Urban.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Alle Jugendbesuche werden heute, Dienstag, gemeinsam auf der Sportwiese 7 im Tierpark Park. — Jugendbesuch: Bekking spielt auf dem Sportplatz im Humboldtplatz.

Accountant: Herr Tostler: Victor Schiff: Wirtschaft: G. Ringelblum: Gewerkschaftsbewegung: Dr. C. Lorenz: Reuillon: Dr. John Schulzowski: Kofler: — und Kontinenz: Frau Karthaus: Anzeigen: Ed. Siegel: Amtlich in Berlin. Verlag: Nordkreis-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Nordkreis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin SW 64 Lindenstraße 2. Dienst 1. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Ob zufaue, ob auf Reifen,
gib dem Kind

Maizena = Speiser.

Ma Ri

Gefangenenernährung.

Ernährungsreform auch in den Gefängnissen.

„Die Beföhrigung der Gefangenen war bis in die Neuzeit hinein überall eine ungenügende und unzweckmäßige. In fast allen deutschen Gefängnissen war sie eine rein vegetabilische; nur viermal jährlich wurde den Gefangenen eine Fleischportion verabfolgt, zu den drei höchsten Feiertagen und zu dem Geburtstag des Landesherrn. Sonst bestand sie vorwiegend aus Kartoffeln und Hülsenfrüchten (Erbsen, Bohnen, Linsen), Mehl und Kohlruten.“

So zu lesen in dem Buche des ehemaligen Oberarztes am Strafgefängnis in Pöthen Dr. H. Baer, „Die Hygiene des Gefängniswesens“ vom Jahre 1897 . . .

Seitdem hat die Gefangenenernährung ungeheure Fortschritte gemacht. Ihre Reform begann schon vor dem Kriege. Bei der allgemeinen Ernährungsmisere des Weltkrieges mußten aber alle guten Absichten verstummen. Mit der Befundung der Finanzen und der Volkswirtschaft war es der Gefängnisverwaltung wieder möglich, sich dem Ernährungsproblem der Gefangenen zu widmen. Hier Bedingungen galt es zu erfüllen: die erforderlichen Kalorien zu gewähren, den Geschmacksnerven Rechnung zu tragen und den Verdauungs- und Kanapparat der Gefangenen in richtiger Tätigkeit zu halten. Diesen vier Forderungen gerecht zu werden, war um so schwieriger, als jede Massenverpflegung bestimmte Nachteile mit sich bringt. In einem gewissen Augenblick entfiel bei den Leuten stets eine „Abgeessenheit“, sie können die Kost nicht mehr vertragen, es zeigen sich gewisse nervöse Störungen, die nur durch eine Veränderung der Kost behoben werden können. Früher, als die Mahlzeiten, sowohl zu Mittag als zu Abend, im breiten Zustande verabreicht wurden, war die Gefahr dieser „Abgeessenheit“ eine um so größere. Der Kan- und Verdauungsapparat wurde in Mitleidenschaft gezogen, oft fehlte auch die nötige Anzahl von Kalorien und der erforderliche Vitamingehalt. Die Ernährung der Gefangenen, wie sie heute gehandhabt wird, beseitigt diese Gefahren — davon konnte man sich sowohl auf der Ernährungsausstellung als auch durch die Inauguralrede im

Roabiter Untersuchungsgefängnis und den Vortrag des Obermedizinalrats Dr. Bürger überzeugen.

Das normale Mittagessen, die Hauskost, besteht jetzt aus Fleisch oder Fisch mit Kartoffeln und Gemüse. Zum Abendbrot gibt es statt der früheren Suppe ein kaltes Essen aus Brot mit einer Zugabe wie Käse, Hering, Pellkartoffeln und Tee. Tritt „Abgeessenheit“ ein, so ist dem Arzt die Möglichkeit gegeben, durch irgendwelche Zugaben den Appetit des Gefangenen anzuregen. Für schwache Magen wird die Hauskost auch „durchgedreht“ geliefert. Außerdem gibt es aber noch eine reine Krankenkost, die aus leichtem Milchsuppen besteht. Auch hier hat der Arzt vollkommen freie Hand, alle erdlichen Nahrungsmittel zu verschreiben, die er für den tranken Gefangenen für zuträglich hält. Eine besondere Kost erhalten Diabetiker. In Berlin, Breslau und Köln werden auch die Köche für die diätetische Kost ausgebildet. Und schließlich wird die Ernährung der Tuberkulösen in besonderen Tuberkulose-Gefangenen-Heilanstalten entsprechend zweckmäßig gestaltet.

Dah dies alles nicht bloß fide Behauptungen sind, bestimmt, der Öffentlichkeit was vorzumachen, bewiesen die Speisepläne, die man auf der Ausstellung zu sehen bekam.

Um die Beföhrigung wirtschaftlicher zu gestalten, besitzt die Gefängnisverwaltung eigene Landwirtschaftsbetriebe, die den Gefangenen gleichzeitig eine gesunde Arbeitsmöglichkeit bieten. 5000 Morgen Land hat die Gefängnisverwaltung in eigener Regie. Der Boden ist von den Gefangenen selbst urbar gemacht und in fruchtbares Ackerland vermandelt worden. In Gollnow, Breslau, Siegburg a. Rh. und Brandenburg a. d. H. sind eigene Viehzucht, Gemüsepflanzen, Treibhäuser, eigene Rudelfabrik, eigene Bäckereien und eine Mühle besitzt die Gefängnisverwaltung.

Auf der Ernährungsausstellung erhielt man ein mehr oder weniger anschauliches Bild von diesem Gebiete der Tätigkeit der Gefängnisse. Man sieht hier ein Küchenmodell des Gefängnisses in Anrat am Rhein und in Breslau, und das Modell einer Rudelfabrik, das Berlin ausgestellt hat.

Raff-Bureaus, dem wir die obige Darstellung entnehmen, erwähnt die Reichsfahne nicht. Es erscheint uns aber undenkbar, daß der neue Zeppelin nicht begrüßt worden sei von der Fahne, die das in seinen Stämmen einige deutsche Volk repräsentiert. Auch zwei bekannte Berliner demokratische Wäiter, die Sonderberichterstatler nach Friedrichshafen entsandt hatten, schweigen sich merkwürdigerweise hierüber vollkommen aus.

Bravo Köln!

Eine Lehre für die Bremen-Flieger. — Protest gegen den Besuch in Doorn.

Köln, 9. Juli. (Eigenbericht.)

Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr landeten die Bremen-Flieger, von Doorn kommend, in Köln. Die Bevölkerung Kölns demonstrierte gegen die Latlosigkeit Hünefelds, die sie nach Doorn geführt hatte, durch völlige Mißachtung.

Eine „Reifenmenge“ von etwa 40 bis 50 Personen durchdrang die Postenkette von vier Schutzleuten, als das Flugzeug landete. Die Bewühungen dieser Ordner sahen verblüffend einer Besie ähnlich. Die Leute heranrufen, statt abmehren sollte. Köhl, der Sympathisähere, ließ sich als erster sehen. Dann kam v. Hünefeld. Er sah sich um und staunte. Wo war der erwartete Empfang geblieben? Zwischen durch verschaffte sich der Kölner Witz Gellung. Köhl wurde von Rimme zu Rimme verlegener. Er konnte einem wirklich leid tun.

Dann wurde Beigeordneter Büfstein aus der Ansammlung herausgeschoben. Bleich reichte er den Fliegern die Hand und sagte einige „offizielle“ Begrüßungsworte. Dann überreichte man Köhl aus Klubreisen einen Blumenstrauß und v. Hünefeld einen Strauß roter Rosen. Er nahm eine davon und beschäftigte sich intensiv, den Stengel stückweise abzubeißen. Seine Kervosität war nicht zu verbergen.

Der Empfang war eben kein Empfang.

Köhl durchschaute die Sache früher, er schmeig und sah in sich herum im Auto. Hünefeld rief nach dem „Programm“. Darum schrie man verzweifelt nach einem Herrn Haase, der offenbar das Programm für die Feiertaglichkeiten entworfen haben sollte. Haase kam nicht. Hünefeld fluchte. Im Publikum wurden Stimmen laut, es sei unerheblich, keinen besseren Empfang zu veranstalten. Aber schon wurden andere Stimmen laut.

Die deutsch beflaggen, die Flieger hätten in Doorn nicht verweilt gehabt.

Ein Mitglied des Klubs erklärte darauf, daß Wilhelm ein Primosmann sei, ebenso wie Köhl und Hünefeld. Und im übrigen, betonte der Sprecher, habe ja Wilhelm und sonst kein anderer den Flug finanziert. (!) Köhl hatte noch mit einem Mitglied des Klubs eine kurze, aber ziemlich erregte Aussprache. Es hieß hinterher, daß er drauf und dron gewesen sei, angesichts dieser Pleite wieder ins Flugzeug zu steigen und weiterzufliegen.

Ein alter Vorkämpfer gestorben.

Am letzten Freitag ist wieder einer unserer alten Kämpfer, Genosse Johann Behrend, gestorben. Jahrzehntlang war er in den Reihen der Sozialdemokratie ein immer ruhiges Mitglied, schon zur Zeit des Sozialistengesetzes mußte er schwere Opfer für die Partei und seine Ueberzeugung bringen. Er war einer der ersten, die Heimat und Beruf verlassen mußten, weil kleinliche Polizeiwilkkür dachte, mit Ausweisungen die große sozialdemokratische Bewegung in der deutschen Arbeiterkassat wirkungslos machen zu können. Behrend trat als einer der ersten der Befehl, sich loszureißen von Familie und Beruf! Mit seinen vier kleinen Kindern mußte er auswandern. Dann hoffte er in Stettin wo die Polizeiwilkkür nicht so stark zu sein schien, bleiben zu können. Die preußischen Behörden verfolgten ihn auch in Stettin, so daß er weiterwandern mußte. Seine Familie blieb in Stettin, er selbst wurde durch ganz Deutschland gehetzt. Erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte er wieder zu seiner Familie reisen und mit ihr nach Berlin zurückkehren. Mit unserem Genossen Behrend ist wieder einer von uns gegangen, der schon in der Zeit treu zum Sozialismus stand, als damit schwere Opfer verbunden waren. In den letzten Jahren seines Lebens hat er die Genugung erhoffen, daß auch seine Opfer nicht vergebens waren.

Zu Ehrens Eberts!

Eine erfreuliche Maßnahme in Lichtenberg.

Kürzlich berichteten wir über das Aushängen von Bildern der beiden Reichspräsidenten in öffentlichen Dienststräumen. Wir stellen hierzu eine erfreuliche Tatsache fest.

Der Bürgermeister des Verwaltungsbezirks Lichtenberg, unser Genosse Dr. Siggel, hat auf Grund einer Anregung des B. D. Betriebsratsvorsitzandes veranlaßt, daß in allen geeigneten Bürouräumen das Bild des ersten Reichspräsidenten Ebert angebracht wurde. Seit einigen Monaten hängt in allen größeren Zimmern, besonders dort, wo ein reger Verkehr des Publikums herrscht, das Bild des Genossen Ebert in einer Größe von etwa 70 : 45 Zentimetern mit einem einfachen, aber schönen und ansehnlichen Rahmen. Ganz offiziell ist diese Angelegenheit ausgeführt worden, um den verstorbenen Reichspräsidenten zu ehren. Ohne den gegenwärtigen Reichspräsidenten Kränken zu wollen, wurde betont, daß es nicht üblich sei, Lebende in dieser Form zu gedenken.

Vielleicht veranlassen die Zentralverwaltung der Stadt und die Bezirksämter eine gleiche erfreuliche Maßnahme.

Die Ebert- und Hindenburg-Marken.

Auf Veranlassung des Verwaltungsrates bereitet die Reichspost nunmehr die Ausgabe einer Reihe von Briefmarken vor, auf denen die Bilder der Präsidenten der Deutschen Republik zu sehen sein werden. Eine erste Serie dieser Briefmarken, die die Bilder Hindenburgs und Eberts tragen werden, wird voraussichtlich am 1. September ausgegeben werden. Das Bildnis des Reichspräsidenten Ebert werden die 3, 8, 10, 20, 30, 45 und

60 Pfennig-Marken, das Bild des Reichspräsidenten Hindenburg die 5, 15, 25, 40, 50 und 80 Pfennig-Marken tragen.

Die Laufe des neuen Zeppelin.

Wo aber war die Reichsfahne?

Friedrichshafen, 9. Juli.

In der großen Halle des Luftschiffhauses wurde heute mittag 11 Uhr 30 die Laufe des neuen Zeppelin-Luftschiffes vollzogen. Auf den Werken des Zeppelin-Kongerns wehten die blaueweißen Fahnen des Hauses Zeppelin neben den Fahnen in den württembergischen Landesfarben. Eine große Anzahl geladener Gäste wohnte dem Laufakt bei. Nach einer musikalischen Einleitung hielt Dr. Cäener eine Ansprache und betonte, daß an der Laufe das deutsche Volk, innigen Anteil nehme. Die Laudianprache hielt Gräfin Brandenstein-Zeppelin. Sie gedachte dabei in pietätvoller Weise ihres Vaters, der sich stets über jeden Fortschritt auf technischem Gebiet gefreut habe. Dieses neueste Werk lasse die Hoffnung zu, daß das geliebte deutsche Vaterland seine Schwingen bald wieder regen werde, um neue Bahnen einzuschlagen, neuen Zielen über Länder und Ozeane zuzustreben. Besonders gedachte die Rednerin der an dem Bau des neuen Luftschiffes beteiligten Beamten und Arbeiter. Mit einem „Glad ab, Graf Zeppelin“ vollzog sie den Laufakt. Hierauf wurde das Niederländische Dankgebet gesprochen. Ein Rundgang durch das neue Luftschiff schloß sich an.

Es trifft schon zu, wenn Dr. Cäener sagt, daß das deutsche Volk imigen Anteil an dem neuen Zeppelin nimmt. Wo aber, Herr Dr. Cäener, so dürfen wir dann wohl fragen, war bei der Laufe das Hoheitszeichen eben dieses deutschen Volkes, die schwarzrotgoldene Reichsfahne? Der Bericht des

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen überseht von A. Hauser.)

Der Esaal war sehr groß und mit kleinen Bretter-tischen und Bänken aus dem gleichen Material ausgestattet. Der hölzerne Fußboden war mit Sägespänen bestreut wie in einer Kneipe. Hier und da waren die Sägespäne mit Abfällen untermischt, die man von den Tischen gefehrt hatte. Am Ende des Raumes war eine Menge Menschen um einen riesigen Herd versammelt, einige hielten Brotpfannen in der Hand und warteten, bis sie zum Kochen an die Reihe kamen, andere hasteten hin und her zu ihren Kochgeräten, die schon auf dem Herd standen. Alle hielten Messer, Gabeln und Löffel in den Händen. Eifrig waren sie, schmeizend; sie schluckten, lachten und krahnten sich immerfort. Es gab ein großes Stimmengewirr und einen dicken Geruch nach Essen und nach Menschen.

Am anderen Ende des Raums war eine Theke, und hinter ihr eine große und helle Küche, leuchtend von weißem Geschirr, poliertem Metall und den sauberen, weißen Uniformen der Frauen, die dort Dienst taten. Drei junge Frauen kochten dort und gaben Essen aus für die Logiergäste, die nicht selber kochen wollten oder konnten. Die standen an der Theke, kauften sich Tee, Brot und Butter, gekochte Eier und Fleisch. Sie liehen auch Messer, Gabeln, Löffel und Salz, aber diese Dinge wurden vom Heim dem Charakter der Gäste entsprechend nicht frei zur Verfügung gestellt, sondern nur gegen Pfand verabfolgt, das nach Beendigung der Mahlzeit, wenn die Geräte wieder abgeliefert waren, zurückgegeben wurde.

McPhillip durchquerte den Raum bis zum anderen Ende. Auf den ersten Blick hatte er den Mann gesehen, den er suchte. Geradeswegs ging er zu einem Tisch am anderen Ende der Wand. Ein Mann von etwa dreißig Jahren sah daran auf.

Er aß von einem Emailleteller, der gehäuft voll war mit Kartoffeln, Kohl und einem großen Stück gekochten Speck. Ein mächtiger Dampf stieg von dem Teller auf und mischelte vor dem Gesicht des Mannes zur Decke. Er trug

einen Anzug von rauhem blauen Zeug, ein weißer Schal war mehrmals rund um seinen Nacken geschlungen. Sein Schädel war kugelrund, sein haar blond und kurzgeschneitten, die dunklen Augenbrauen waren nur Büschel mitten über jedem Auge. Lang waren sie und spitzten sich zu einem einzelnen haar wie pomadisierte Schnurrbartenden. Sie waren wie zwei verdächtige Rüssel und hatten mehr Ausdruck als die trüben kleinen blauen Augen, die verborgen lagen unter ihrem unheimlichen Schatten. Das Gesicht war bronzefarben und mit Anschwellungen bedeckt, die von weitem wie Beulen ausahen. Diese Beulen wuchsen aus der Stirn, aus den Backenknochen, aus dem Kinn und auf beiden Seiten des Nackens unterhalb der Ohren. Bei näherer Betrachtung indessen verschwanden sie fast in der glänzenden Farbe der braunroten Haut, die ausah, als ob mehrere Schichten davon straff gespannt über das Gesicht gezogen seien. Die Nase war kurz und knollig, der Mund groß. Die Rippen waren dick und lagen in einer Art aufeinander, die dem Mund einen Ausdruck von beständiger Schläfrigkeit verlieh. Sein Körper war riesenhaft, er hatte maffige Glieder, geschwellte Muskeln, die sich an manchen Stellen herausprehten, wie Vulkanfelsen ganz unerwartet eine regelmäßige Landschaft unterbricht. Er sah aufrecht auf seinem Stuhl, den großen, dicken Kopf auf den breit unterlegten Nacken gebolzt wie ein im Druck vernieteter Pfahlmast.

Während er aß, starrte er vor sich hin. Er hielt die Gabel am Griff aufrecht in seiner linken Hand. Mit dem Ende des Griffes klopfte er auf den Tisch, wie um Schritt zu halten mit dem starken Rauen seiner Kiefer. Aber sobald er McPhillip sah, hörten die Kinnbacken auf, sich zu bewegen, und die Hand, die die Gabel hielt, fiel laullos auf die Platte. Seit Gesicht schloß sich zusammen, sein Körper erstarrte zu vollkommener Reglosigkeit.

McPhillip setzte sich ihm gegenüber an den Tisch. Er sprach nicht, gab kein Zeichen und machte keine Bewegung, die merken ließ, daß er den anderen kannte. Und doch kannte er den Mann sehr gut. Sie waren Busenfreunde. Der Mann war Gypo Nolan und war McPhillips Kamerad gewesen während des Bandarbeiterstreiks, als McPhillip den Sekretär der Farmerunion ermordet hatte. Gypo Nolan war früher Polizist in Dublin gewesen, man hatte ihn in dessen entlassen, weil im Hauptquartier der Verdacht aufkam,

daß er mit der revolutionären Organisation in Verbindung stehe und ihr Informationen gegeben habe bezüglich gewisser Angelegenheiten, die durchgeklärt waren. Seit der Zeit hatte er der Organisation als Mitglied angehört und hatte dabei immer mit Francis Joseph McPhillip zusammengehalten, so daß die beiden in den Kreisen der Revolutionäre bekannt waren als die „Teufelszwillinge“.

„Na, Gypo,“ sagte schließlich McPhillip, „wie ist die Sache?“ McPhillips Stimme klang schwach und brüchig, aber es lag ein drohender Ernst darin, der ihr eine außerordentliche Gewalt verlieh, die Gewalt, die auch in dem Piepen eines kleinen Vogels liegen kann, wenn man sein Nest ausraubt. — Einen Augenblick rang er nach Atem und fuhr dann fort: „Hast du die Botschaft ausgerichtet, die ich dir geschickt habe? Ich hab' nichts mehr gehört von zu Hause seit dem Abend, wo wir zusammen waren und wo ich dann in die Berge mußte. Was ist los, Gypo?“

Gypo starrte ein paar Augenblicke schweigend, er atmete langsam mit offenem Mund, seine Augen waren gemischt. Kein Wort kam aus ihm heraus. Dann sprang ein seltsamer Laut wie ein unterdrückter Ausruf aus seiner Kehle. Mit seinem Messer schnitt er langsam eine große Kartoffel in vier Stücke. Ein Stück brachte er auf der Spitze des Messers in seinen Mund. Langsam fing er an zu kauen. Dann hörte er plötzlich mit Rauen auf und sprach. Seine Stimme war tief und dröhnend: „Wo, zum Teufel, kommst du her, Francis?“

„Egal, wo ich herkomme,“ schrie McPhillip in gereiztem Ton. „Zum Schwagen hab' ich keine Zeit. Ich will wissen, was hier los ist. Sag' alles, was du weißt? Zu allererst . . . warte mal: wie ist das mit der Botschaft? Hast du die ausgerichtet? Laß das Pressen stehen. Wann Gottes, bist du ein Unmensch oder was ist los? Hier bin ich, die Polizei ist hinter mir her, es geht um Tod und Leben und du frisst deinen Kohl. Leg' das Messer weg oder ich schieße dir ein Loch in den Bauch. Mach' los, ich rischiere mein Leben, um hierherzukommen und dich was zu fragen. Beeile dich und erzähle, was du weißt.“

Gypo feuerte etwas, er wischte sich den Mund mit seinem rechten Rockärmel. Dann legte er das Messer auf den Tisch und schluckte hinunter, was er im Munde hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Staat und Agrarfrage.

Wichtiger Aktienwerb der Preußentasse und der Rentenbank-Kreditanstalt.

Die deutsche Agrarfrage und die Wege zu ihrer Lösung machen nicht schon an den landwirtschaftlichen Betrieben halt. Es ist das Wesen des landwirtschaftlichen Notprogrammes, daß, soweit es bei der vergangenen Regierungskoalition möglich war, die wirtschaftsorganisatorische Lösung im Sinne einer Rationalisierung des Produzierens, der Absatzwege und der Preise in Angriff genommen wurde. Ueberwiegend für die Öffentlichkeit kommt jetzt eine Mittelteilung, deren Tragweite auf den ersten Blick zu erkennen ist und die neue Möglichkeiten für eine großzügige systematische Rationalisierung der Landwirtschaft auch über die Lösung der gegenwärtigen Agrarfrage hinaus eröffnet.

Ende voriger Woche sind unter Beteiligung des preussischen Finanzministeriums und des Reichsernährungsministeriums zwischen der Preussischen Zentralgenossenschaftstasse und der Rentenbank-Kreditanstalt einerseits und dem die sogenannte Scheuergruppe in der Mühlenindustrie beherrschenden Bankkonkordatium (Hardy u. Co., Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft und andere) andererseits wichtige Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Die Preußentasse und die Rentenbank-Kreditanstalt erwerben zu gleichen Teilen die überwiegende Majorität der gesamten Aktien der sogenannten Scheuergruppe. Die sogenannte Scheuergruppe ist der älteste Konzern der deutschen Mühlenindustrie und besteht heute aus der Getreide-, Industrie- und Kommissions-A. G., Berlin mit einem Kapital von 10 Millionen Mark, beherrschender Stellung im deutschen Getreideimport und der Herrschaft über die größte Berliner Weizenmühle von Karl Salomon, sowie der Deutschen Mühlenvereins A. G., ebenfalls mit einem Kapital von 10 Millionen Mark, in der etwa 10 bedeutende Mühlen des westlichen Deutschlands mit einem Gesamtkapital von 12,7 Millionen Mark als Dachgesellschaft zusammengeschlossen sind. Der Einfluß der Preußentasse und Rentenbank-Kreditanstalt soll gleichmäßig geteilt werden. Die Mitglieder des Bankkonkordats — das die Finanzierung des Handels und der Produktion der Konzernfirmen beibehält — sollen ebenfalls im Ausschuss des Konzerns vertreten bleiben.

Das ist das Ergebnis sehr langer Verhandlungen und harter Kämpfe in den letzten Wochen. Es kam zu diesem Ergebnis, nachdem die Versuche des ehemaligen Staatssekretärs,

Herrn Hagedorn, des Aufsichtsratsvorsitzenden im Scheuerkonzern, die Macht dieses Konzerns in rein agrarischem Interesse auszuwerten und durch die Rentenbank-Kreditanstalt rein agrarischen Kreisen den entscheidenden Einfluß in dem Konzern in die Hand zu geben, gescheitert waren. Es ist zu begrüßen, daß durch die Initiative des preussischen Staates und der Preußentasse der öffentlichen Kontrolle für die hier liegenden großen Möglichkeiten ein Weg gebahnt worden ist.

Die Tragweite der Transaktion ist, wie gesagt, sehr groß. Der Konzern liegt weniger in der Beherrschung eines Teiles der Mühlenindustrie, deren Kapazität beinahe vollständig zu groß ist und deren Rationalisierung nicht in erster Linie als Gegenstand der Lösung der Agrarfrage betrachtet zu werden braucht. Der Konzern liegt viel mehr in der großen Bedeutung der Scheuergruppe für den Getreideimport und damit in den Möglichkeiten, durch organisatorische wirtschaftliche Maßnahmen von der Einfuhr- und Abschlüssen her auf die Getreidepreisbildung Einfluß zu nehmen. Es ist klar, daß auch in der Richtung der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft Operationsmöglichkeiten und -notwendigkeiten liegen. Mit großer Eindeutigkeit hat sich gezeigt, daß die agrarpolitische Lage in Deutschland selbst organisatorisch wirtschaftliche Fortschritte erzwingt und daß diese Fortschritte mit rein privatwirtschaftlichen Mitteln, zu schweigen von einem privatwirtschaftlichen Monopol, nicht gesichert werden können.

Die hier sich offenbarenden Tendenzen der systematischen Beeinflussung der deutschen Getreidewirtschaft unter öffentlicher Kontrolle können grundsätzlich gutgeheißen werden. Alles aber kommt auf die praktische Durchführung und die Verteilung des Einflusses an. Die breiten Massen der Konsumenten haben das allergrößte Interesse an diesen Entwicklungsmöglichkeiten. Im gesamt-wirtschaftlichen Interesse muß aber von vornherein die schärfste öffentliche Kontrolle und zum mindesten die absolute Gleichberechtigung der Produzenten und Verbraucher bei der Verteilung des Einflusses gefordert werden. Zweifelloso handelt es sich bei diesen Entwicklungen auch um eminent politische Fragen, bei denen die größte Aufmerksamkeit der beteiligten Regierungsstellen erforderlich ist.

1. Entwurf und mit 10 Millionen 4 Millionen als Betriebsmittel für die neuen Fleischverwertungsanlagen in Schleswig-Holstein und in Königsberg, mit 12,6 Millionen für die großen Viehverwertungszentralen und der zur Marktbeobachtung und Verbesserung der Viehhaltungsbedingungen begründeten Zentralstelle, und schließlich mit 1 Million Mark für die Errichtung von Fettverwertungsanlagen in Hamburg und in Berlin.

Der dritte große Posten des landwirtschaftlichen Notprogramms mit 30 Millionen Mark dient zur Besserung der Markt- und Absatzverhältnisse außerhalb der Vieh- und Fleischverwertung, in der Hauptsache also zur Schaffung von Standard- und Markenwaren. Davon werden ausgemessen 10,95 Millionen für Milch- und Wollereizerzeugnisse, 3 Millionen für Eierverwertung, 8 Millionen für Gemüse und Obst, 6 Millionen für Kartoffelverwertung, je eine halbe Million für die Saatgutförderung, den Pferde- und Zuchtviehabsatz, 0,3 Millionen für die Zwecke der Binnenfischerei und eine Viertelmillion zur Absatzförderung für deutschen Labak.

Die Verwendungszwecke der im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms bewilligten öffentlichen Mittel und übernommenen Garantien sind, wie sich aus diesen Listen ergibt, überraschend vielfältig. Die vom Gesetzgeber verfolgten Zwecke fordern zu ihrer Erreichung eine sehr nachdrückliche Kontrolle. Es wird die größte Aufmerksamkeit aller parlamentarischen und behördlichen Stellen erfordern, damit aus dieser außerordentlich weit verzweigten Aktion sich nicht eine nutzlose Verpulverung öffentlicher Gelder ergibt, die in der Vergangenheit nur allzuoft das Ergebnis von landwirtschaftlichen Hilfsaktionen gewesen ist.

Gegen die Gefrierfleischdrofflung. Eine Resolution der christlichen Konsumvereine.

Die Drofflung des Gefrierfleischkontingents hat auch bei dem dem Zentrum nahestehenden Reichsverband Deutscher Konsumvereine große Erregung hervorgerufen. Auf dem Westfälischen Konsumgenossenschaftstag des Bezirksverbandes Westfalen wurde folgende Resolution zur Gefrierfleischfrage beschlossen:

Der Genossenschaftstag bedauert den Beschluß des Reichstages auf Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen. Er protestiert gegen eine derartige Maßnahme, die vielen Arbeiterfamilien den Gebrauch von Fleisch zur Unmöglichkeit macht. Des weiteren protestiert der Genossenschaftstag besonders auch dagegen, daß in Westfalen starke Arbeiterbezirke vom Bezug von Gefrierfleisch ausgeschlossen wurden. Der Genossenschaftstag ersucht den Verbandsvorstand, alle Wege zu gehen, um diese ungerechte Maßnahme wieder rückgängig zu machen.

Die Zentrumsfraktion im Reichstag wird diese Stimme aus ihren Kreisen nach dem keineswegs erfreulichen Wahlergebnis gerade im Nordwesten Deutschlands wohl beachten müssen.

Die deutschen Spareinlagen Ende Mai. Ende Mai 1928 betrug der Bestand der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen 5 780,3 Millionen Mark gegen 5 645,7 Millionen Mark Ende April 1928. Die Zunahme stellt sich mithin auf 134,6 Millionen Mark. Die Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Deposteneinlagen stellten sich Ende Mai auf 1 359,3 Millionen Mark gegen 1 298,4 Millionen Mark Ende April 1928.

Kapitalerhöhung bei Sarotti beschlossen. In der Generalversammlung der Sarotti A. G., Berlin, wurde die von uns schon angekündigte Erhöhung des Kapitals um 3 auf 11 Millionen beschlossen. Die Vermehrung sollte, so wurde zur Begründung ausgeführt, die eigenen Mittel der Gesellschaft zu den Umständen im richtigen Verhältnis bringen und das Unternehmen technisch auf der Höhe halten. Zwei von den drei Millionen sollten den Aktionären zum Bezuge angeboten, eine Million neue Aktien soll für Fusionierungszwecke in Bereitschaft gehalten werden. Merkwürdigerweise erklärte die Verwaltung, daß bestimmte Angliederungspläne bis jetzt noch nicht bestehen.

Die Kraftwerke Groß-Berlins sind durch ein Abkommen mit der Reichsbahngesellschaft in den Besitz eines Eisenbahnvorzugstarifes getreten. Deutsch-österreichische, niederösterreichische und rheinisch-westfälische Steinkohle wird nach Berlin in Zukunft nach dem Ausnahmetarif 61 befördert, wenn die Bedingung erfüllt ist, daß in zwölf aufeinanderfolgenden Monaten mindestens 800 000 Tonnen in gleicher Verteilung der Menge auf die einzelnen Monate in Großgüterwagen und in geschlossenen Gütern von mindestens je tausend Tonnen von den Kraftwerken abgenommen werden. Der Tarif bedeutet eine Frachtermäßigung von 20 Proz. bei oberflächlicher und westfälischer Kohle, von 25 Proz. bei niederösterreichischer Kohle. Diese Ermäßigung hat eine doppelte Bedeutung. Berlin kann billiger produzieren, gleichzeitig wird aber auch durch eine Verringerung der Reichsbahntarife das unbeschränkte Gebiet der deutschen Steinkohle weiter ausgedehnt.

Luftverkehr und Reichsbahn. Die Zusammenarbeit zwischen der Reichsbahngesellschaft und der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft soll nach einer Verteilung erfahren. Bisher bestand schon eine Vereinbarung, nach der Frachtgüter vom Luftverkehr in den Eisenbahnverkehr und umgekehrt übernommen werden konnten. Weiterhin hat die Reichsbahn durch die von ihr beherrschte „Mitropa“ die Bewirtschaftung der Luftbahnerestaurants und die Bordverpflegung auf den Flugzeugen der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft übernommen. Jetzt wird über Abmachungen verhandelt, die Flugreisenden, die ihre Luftfahrt unterbrechen oder nicht antreten, den Übergang auf die Eisenbahn erleichtern. Der Flughafen soll auf der nächsten Bahnstation gegen eine Fahrkarte erster Klasse nach dem Flugziel umgetauscht werden können. Damit wird allerdings an der für die glücklichen Luftreisenden bestehenden, für den Steuerzahler aber keineswegs erfreulichen Tatsache nichts geändert, daß heute noch durchschnittlich jede Luftfahrt mit rund 78 Prozent aller Kosten von den Steuerzahlern getragen wird.

Die amerikanische Einfuhr nach Rußland steigt. Vor einigen Wochen wurde lebhaft die Frage diskutiert, ob Sowjetrußland Amerika bei den russischen Bestellungen bevorzugt, um die Vereinigten Staaten für die Bewährung von Krediten an Sowjetrußland geneigter zu machen. Die jetzt veröffentlichten Zahlen über Rußlands Bestellungen in Amerika dürften zum mindesten die russische Absicht bestätigen. Im ersten Halbjahr 1927/28 ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres der Gesamtbetrag der russischen Bestellungen in Amerika auf 65,4 gegen 20,9 Millionen Dollar gestiegen. Die russischen Bestellungen haben sich also in den verglichenen Zeiträumen mehr als verdreifacht. Auf der anderen Seite hat sich die russische Einfuhr nach den Vereinigten Staaten in den gleichen Zeitabschnitten nur von 7,3 auf 8,1 Millionen Dollar erhöht.

Das Getreidemonopol in Norwegen wieder einzuführen ist die Absicht der norwegischen Regierung. Das Monopol war in der Vorkriegszeit schon jahrelang in Geltung und hat damals eine Brot- und Futtermittelversorgung freis unter dem Jahresdurchschnittspreis ermöglicht. Auch eine außerordentliche Stabilität der Getreide- und Wehlpreise konnte die damalige Monopolregie durch entsprechende Lagerpreise sicherstellen.

Lösung des Wohnungsproblems.

Nach dem internationalen Städtebau- und Wohnungskongress in Paris.

Paris, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Nach zweijähriger Pause hat in den letzten Tagen in Paris der Kongress der Internationalen Wohnungs- und Städtebauorganisation stattgefunden. 1926 wurde er in Wien abgehalten. Das Wesen der Wiener Gemeindevormaltung gab damals Gelegenheit zu ausgedehnten Diskussionen über die Frage Hochbau und Flachbau und über die Frage, wer bauen sollte, ob der private Bauherr oder die öffentliche Körperschaft, Gemeinde- oder Staat. Diesmal standen diese Fragen nicht auf der Tagesordnung. Neben einigen spezielleren Fragen des Wohnungs- und Städtebaurechtes und der Städtebaupraxis standen im Mittelpunkt der Diskussionen vor allem die beiden Fragen: Wohnungswesen der Vermögenden und Hausbaukosten.

Die erste dieser beiden Fragen spiegelt schon in ihrer Formulierung den angelsächsischen Standpunkt wider, daß eine öffentliche Hilfe nur da am Platze sei, wo es sich um die „Armenen“, also in gewisser Hinsicht schon Entwurzelten und Sozialen handelt. Die Mehrheit des Kongresses aber war der Meinung, daß man ohne staatliche Hilfe der Lösung der Wohnungsfrage bisher in keinem Lande näher gerückt sei. Aus Amerika war berichtet worden: „Die Entwicklung geht dahin, daß die wohlhabenden Leute in die neuen Häuser übersiedeln und daß die Angehörigen der nächsten Einkommensgruppe deren bisherige Wohnungen einnehmen und so die ganze Linie hinunter.“ Es muß festgestellt werden, daß der Kongress eine solche Auffassung von der Lösung der Wohnungsfrage einmütig abgelehnt hat. Sogar der Vertreter des schweizerischen Nationalrates gab zu, daß auch dort trotz aller Maßnahmen gegen die Wohnungsnot die minderbemittelte Bevölkerung unter einem empfindlichen Wohnungsmangel zu leiden habe. Allerdings ergab sich aus seinem Bericht, daß diese Maßnahmen bisher nicht so überwältigend gemein sind.

Zus Manchesters kam einst die Behre, daß man die Wirtschaft eines Landes ohne Staatseingriffe laufen lassen müsse, dann würde sie auf Grund ihrer eigenen Entwicklungsgehalte zu einem Zustand der Gerechtigkeit und des Wohlstandes führen. Was die Auffassung, die die Amerikaner und unsere deutsche Bodenreformaktion und leider auch manche amtliche Stellen noch heute haben. Wirkt es nicht wie ein historischer Witz, wenn ausgerechnet ein Kongressmitglied aus Manchesters heute erklärt: „Es ist die Aufgabe des Staates, für das Wohnungswesen ebenso wie für das Unterrichtswesen zu sorgen.“ Dies sagte er, nachdem er ausdrücklich dargelegt hatte, daß die bisherigen Bemühungen der öffentlichen Körperschaften in England, durch Zuschüsse zum Wohnungsbau zu helfen, nur unzulängliche Erfolge gehabt haben.

Der Vertreter Berlins, Stadtrat Genosse Buchs, stellte fest, daß die Formulierung des Themas „Wohnungswesen der Vermögenden“ in ihrer engen Umgrenzung für uns auf dem Kontinent überhaupt keine Bedeutung habe, und daß wir nur ein Wohnungswesen der breiten Massen kennen. Obwohl für die alten Wohnungen eine Begrenzung der Miete vorgesehen sei, könne für die neuen Wohnungen diese Grenze nicht eingehalten werden, weil die Hausbaukosten und die Verzinsung des Baukapitals im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege zu hoch seien. Auf keinen Fall dürfe der Wohnungsstandard gedrückt werden, sondern müsse die öffentliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Gerade dadurch sei der Einfluß der öffentlichen Stellen auf das Wohnungswesen besonders groß, und diese Situation müsse dazu ausgenutzt werden, die Wohnungskultur zu heben. Da die in Deutschland bisher zur Verfügung stehenden Mittel zu gering seien, müsse die Regierung den gesamten Betrag der Hauszinssteuer für Wohnungszwecke freimachen.

Die Diskussion über die Hausbaukosten drehte sich um die Frage: Wie können die Hausbaukosten und ihre Verzinsung mit den Einkommensverhältnissen der großen Masse der Mieter in Einklang gebracht werden? Die Frage der Verzinsung und ihrer

Senkung wurde auf dem Kongress nicht erörtert, obwohl gerade diese Frage für die Schwierigkeiten des Wohnungsmarktes besonders maßgebend ist. Schon vor dem Kriege hat das Kapital den Baumarkt immer gemieden, wenn ihm dort die Verzinsung nicht rentabel genug im Vergleich zu anderen Geldanlagen erschien. Die Diskussion auf dem Kongress drehte sich vielmehr um die Frage, wie die Baukosten durch Bauorganisation, Arbeitersparnis und Vereinfachung verbilligt werden könnten. Man kam aber allgemein zu der Ueberzeugung (wir sind nicht ohne weiteres dieser Auffassung, D. R.), daß alle diese Maßnahmen die Hausbaukosten und damit die Mieten nicht soweit senken können, daß sie den Einkommensverhältnissen der Arbeiter und Angestellten angepaßt sind.

Auch diese Diskussion kam zu dem Schluß, daß in der jetzigen Situation man auf die Staatshilfe angewiesen sei. Sie umging aber ganz bewußt die prinzipielle Feststellung, daß diese Situation immer dann gegeben ist, wenn das Kapital außerhalb des Baumens günstigere Verzinsungsmöglichkeiten findet. Das ist aber keine vorübergehende Angelegenheit der Nachkriegszeit, sondern ist mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden. Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß ein Kongress, der zum großen Teil von bürgerlichen Theoretikern und Praktikern des Wohnungswesens besucht wird, die sozialistische Lösung dieser Frage findet. Es wäre deshalb dringender zu wünschen, daß die sozialistischen Vertreter der Wohnungs- und Städtebaureform unter sich einmal eine Klärung dieser Frage vornehmen.

Die Forderung bleibt bestehen, daß die Wohnungsfrage von den entscheidenden Instanzen des Kapitalismus befreit werden muß, wenn sie einer wirklichen Lösung zugeführt werden soll. Die Internationalen Städtebau- und Wohnungskongresse mögen insofern ihren Wert haben, als sie immer wieder feststellen, daß die Verhältnisse im Wohnungswesen unhaltbar sind. Mit dieser negativen Feststellung allein aber ist auf die Dauer nichts getan, da diese Kongresse immer wieder nur ihre Ohnmacht gegenüber den bestehenden Tatsachen erweisen.

Das landwirtschaftliche Notprogramm. Einzelheiten der Durchführung.

Von der Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms war bisher der Öffentlichkeit nur die Verteilung der Umschuldungsanleihe von 25 Millionen Dollar auf die einzelnen Länder bekannt. Darüber hinaus werden in einer vom Reichsernährungsministerium der Öffentlichkeit übergebenen Denkschrift die Verteilung und Verwendung der übrigen Mittel und Kredite zur Durchführung des Notprogramms bekanntgegeben.

Die 30 Millionen zur Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gliedern sich beinahe vollständig in 8 Millionen Mark öffentliche Beihilfen für die Verbesserung der Vieh- und Fleischwirtschaft und in 22 Millionen Mark Kredite mit Reichsgarantie, die zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Von den 8 Millionen sind 1 Million für die Entlastung des inländischen Vieh- und Fleischmarktes, 2,08 Millionen für den Ausbau der Vereinigten Viehhaltungsorganisationen zur Belieferung der großen Märkte, 2,25 Millionen zur Zinsverbilligung bei den 22 Millionen vom Reich garantierten Krediten (die Verbilligung beträgt 4 Proz.) und 0,85 Millionen zur Rationalisierung der Schweinezucht und Schweinemast Verwendung. Ein Restbetrag von 1,65 Millionen bleibt zunächst in Reserve, und zwar als Sicherheitsrücklage für eine eventuelle Inanspruchnahme der Reichsgarantie.

Der 22-Millionen-Kredit mit Reichsgarantie dient zur Förderung folgender Unternehmungen: mit etwa 6 Millionen Mark als Kredit für Fleischwarenfabriken, die über ihren bisherigen Bedarf hinaus Schweine zur Verarbeitung aufkaufen sollen. mit

Schloime.

Von Hans Frank.

In einem galizischen Dorf lebte ein Mann, welcher Schloime hieß, Schloime, der Schweiger. Kein Wort ging aus seinem Munde hervor, weder bei Tag noch bei Nacht. Nicht etwa, weil er mit Stummheit geschlagen war oder eine Krankheit seine Zunge lähmte. Die Großväter und Großmütter hatten Schloime sprechen gehört, und wenn sie dem Jugendlichen einen Beinamen hätten geben wollen, so wäre es sehr wohl angebracht gewesen, ihn Schloime, den Schwäger, zu nennen.

Schloime betrieb, bevor sein Mund sich schloß, eine Krämerei. Alles Erdendliche und vieles Unerdendliche konnte man bei ihm um Geld erstehen: Butter und Schmalz, Erbsen und Hirse, Band und Zwirn, Zucker und Mehl, Schuhe und Röhren, Salz und Jind, Kaffee und Tee, Riegel und Krampen, Fleisch und Tabak, Senfen und Hämmer, Leinwand und getragene Kleider, Fische und Del, unzähliges dessen, was der Mensch für sein irdisches Dasein braucht oder auch zu brauchen glaubt. Ein Warenhaus der Großstadt kann kaum vielfältigere Dinge zum Verkauf anbieten, als Schloime in seinem Pöckelkäse-Kümmerschen Kram und tausenderlei Trödel. Heißlose Unordnung denn auch hinter und vor, auf und unter seiner Theke! Lange mußten seine Kunden warten, bis Schloime das Begehrt fand. Den Glücksfall vorausgesetzt, daß er es fand! Trotzdem verließ kaum je ein Kunde unwillig den überstopften Laden. Denn so unordentlich das Kräfte Schloimes, so sauberlich lag in seinen Weisteschränken alles griffbereit; so langsam das Tun Schloimes, so flink war er mit seinen Worten. Durch mannigfaltiges Erzählen von einst und jetzt, von Ereignissen des Dorfes und der Welt wußte Schloime seinen Kunden die Zeit zu kürzen, und wenn Erzählen nicht mehr anschlug, brauchte er nur die Witzliste aufzuklappen. Deren Vorrat war unerschöpflich.

Als Bierziger nahm Schloime eine Tochter seines Volkes zur Frau. Sie war achtzig Jahre alt und hieß Rebekka. Keine bessere Lebensgefährtin hätte der Halbberholzte finden können. Zwar Rebekka — so nannte er sie — war ein wenig dümmlich. Aber Schloimes Klugheit reichte für mehr als zwei, wie die Ordentlichkeit der frischen Frau für mehr als für Schloime und sie zureichte. Und wenn Rebekka mit den Worten auch nur langsam zu Rande kam, im Tun war sie flink wie kaum eine zweite des Dorfes. So sah der Laden Schloimes nach wenigen Wochen blühend aus. Der Trödel war in eine halbdunkle Kammer daneben abgeschoben. Alle Waren aber lagen heute auf dem Platz, auf welchem sie gestern und vorgestern lagen, auf welchem sie morgen und übermorgen liegen würden. Kaum hatte der Käufer seinen Wunsch geäußert, so flüchtete Rebekka hinter der Theke entlang oder kletterte wie ein Baumkletterer die Treittreiter hoch. Jarrücktaufen oder Auftauchen oder leiterab springen, „Bitte!“ — der Kunde hatte das Begehrt. Schloime brauchte keine Witzliste nicht mehr aufzuklappen, im Wartenden die Zeit zu kürzen, sondern nur noch, um den Schnellbedienten ein Lachen mit auf den Weg zu geben. Das Glück der ungleichen Krämersehe wäre vollkommen gewesen, wenn sich Kinder eingestellt hätten. Aber die blieben aus.

Als Schloime aus einem Bierziger ein Fünfziger geworden war, Rebekka aber die Zwanziger noch nicht verlassen hatte, fing er an, seine Frau zu beargwöhnen. Sie bediente die Männer schneller als die Frauen! Sie ließ bei den Männern die Waage tiefer ausschlagen als bei den Frauen! Sie lächelte die Männer freundlicher an als die Frauen! Freundlicher und anders! So wie sie ihn in den ersten Jahren ihrer Ehe angelächelt hatte. In jenen Jahren, da sie noch hoffte kein Zweifel, sie hoffte noch, hoffte mehr als je. Aber nicht auf ihn! Schloime schloß diesen Argwohn keineswegs in seinem Herzen ein. Er ließ ihn zu seinem Munde aus. Da er mit dem Wort behende war wie niemand im Dorf, hundertfach, tausendfach, hundertfach, tausendfach nur: „Es ist nichts!“

Immer äppiger, immer giftiger schloß der Argwohn Schloimes ins Kraut, immer häufiger, immer heftiger beschuldigte er seine Frau. Rebekka hielt weiterhin auf Ordnung in Haus und Laden, bediente weiterhin die Kunden flink und freundlich, setzte allen wortsicheren Anschuldigungen ihres Mannes drei Worte entgegen, die gleichen drei Worte: „Es ist nichts!“ Eines Tages verbot Schloime seiner Frau das Bedienen im Laden: Er habe es zwanzig Jahre ohne sie geschafft, werde es also auch von jetzt ab allein schaffen! Aber Schloime schaffte es ohne Rebekka nicht. Dem Saubertum und Flinkheit, Bäheln und Umsicht der Frau hatten die Zahl der Kunden vervielfacht. Immer wieder mußte der Kaufbedrängte rufen: „Rebekka — Rebekka!“ Kaum war es gesprochen, so flüchtete die Genesene in den Laden, bediente, als ob nichts zwischen ihnen vorgefallen sei, neben ihrem Mann die Kunden, rasch und rasch, daß nicht das Doppelte, sondern das Dreifache, das Vierfache von dem geschafft wurde, was Schloime allein zu vollbringen vermochte. Nichts blieb diesem schlieflich übrig, als das Verbot aufzuheben.

In einem Mailag betrat ein wandernder Schlächtergeselle den Laden Schloimes, ein Kerl, wie es keinen im Dorf gab: groß, blond, starknackig. Er war übers Gebirge hinweggeleitet, wollte seinen Weg weiter nach Osten nehmen, konnte aber für einige Zeit der Arbeit nicht mehr ausweichen.

Bisher hatte der Argwohn Schloimes nur den Männern insgesamt, der Mannheit sozusagen, gegolten. Niemand hatte er mit seinen Beschuldigungen einen ansprechen können. Als der Schlächtergeselle eine Woche im Dorf war, verkrachten seine Worte sich in diesen Mann, galt sein Argwohn einzig dem Landfremden. Immer wieder rief, zeterte, schrie Schloime seiner Frau zu: „Der! Der! Der!“ bewies die Wahrheit seines Verdachtes mit einem Schwall von Sähen. Rebekka sagte immer wieder das eine: „Es ist nichts!“ Nach und nach aber gingen die Augen Rebekkes länger an den Augen des Schlächtergesellen. Ihre Worte, ihre schwertüchtigen Worte, machten sich zu den Worten des Schlächtergesellen weiter auf den Weg als zu denen eines der anderen tausenden Männer. Ihre Bäheln schmiegte sich an das Bäheln des Schlächtergesellen. Ihre Hand glitt, wenn sie ihm die Ware über den Ladentisch reichte, an der Franke des Schlächtergesellen entlang, wie zufällig, verstopfen. Schloime beschuldigte seine Frau des Einverstandnisses mit dem großnackigen Kerl, zickte sie des beginnenden, des durch Wunsch und Willen längst vollzogenen Ehebruchs. Rebekka sagte: „Es ist nichts!“

Der Schlächtergeselle kam Tag für Tag in den Laden. Schloime ließ, um ihn statt seiner Frau zu bedienen. Aber fast immer war Rebekka schneller zur Stelle, und er vermochte nicht zu verhindern, daß sie den Kaufwunsch des verhassten Kunden erfüllte. Doch daß sie mit dem Schlächtergesellen in die halbdunkle Kammer ging, auf deren Trödel es der Zugereiste besonders abgesehen hatte, verbot

Die Gule schreit.

Aus dem schlesischen Weberrevier.

Der Weber war im Waldenburger Revier vor dem Bergmann da. Der Weber hat die Eisenbahnen im Gebirge gebaut, der Weber ist in die Tiefe der Schächte gestiegen, der Weber ging in die Glashütten und Walzwerke: der Weber ist der Altbater aller Industrie in den schlesischen Bergen. Schwarz und trotlos ist die Stadt Waldenburg, ein dunkler Kern inmitten der vielen Industriedörfer in den Bergen. Die Bergleute hier sind die in Deutschland am schlechtesten entlohnten. Die liebliche Landschaft: das ist nur die schauerlich-schöne Kulisse hinter dem Drama der Bevölkerung: im Jahre 1922 starben 22,7 Prozent aller Säuglinge, über 40 Prozent aller Wohnungen im Kreis sind Einzimmerwohnungen, in denen manchmal zehn und zwölf Menschen haufen.

Wüstewaldersdorf im Culengebirge gehört auch noch zum Kreis, aber es ist jenes Dorf in Schlesien, in dem 1864 der erste lasalleantische Arbeiterverein gegründet wurde. 1864, das sind 20 Jahre nach dem Aufstand der Weber gegen die Brüder Zwanziger in Peterswaldau, 20 Jahre, in denen die Maschinen langsam die Handwebstühle verdrängt hatten. Die Rebellen von Raschbach, Peterswaldau und Vangenbielau waren aus dem Zuchthaus entlassen: die Not der Weber war geblieben. Da machte sich eine Weberdelegation nach Berlin auf, um dem König das Bergeland zu schildern. Die Weber mußten vier Wochen warten, ehe sie empfangen wurden. In der Wartzeit sahen sie sich in Berlin, kamen mit dem Berliner Arbeiterverein und vor allem mit Vassalle zusammen. Sie lernten eine neue Welt kennen, ein neues Weltbild einschleierten sich ihnen, sprengte, als sie dann in ihre Dörfer zurückkamen, die Erde ihrer Täler, die dunkle Tiefe ihrer Wälder. Die moderne Arbeiterbewegung schloß im hochindustrialisierten Culengebirge festen Fuß.

Die Unternehmer fokettierten mit dem Fortschritt, oder sie hielten es mit der Reaktion, und so sie nun mit dem Fortschritt fokettierten oder sich der Wiltür verschrieben: das Elend der Weber blieb bis ins neue Jahrhundert hinein. Ab und zu erschütterten grauenvolle Berichte die Ruhe Berlins. Der Reichstag lärmte ein wenig, die Regierung unternahm in den neunziger Jahren eine Rotstandsaktion in den Bergen und Tälern und schloß dabei alle Weber aus, die im Verdachte sozialistischer Gesinnung standen. In Wüstewaldersdorf besuchten wir den 68jährigen, Oskar Schütz, den Agitator der schlesischen Ebene und Berge. Er war in den neunziger Jahren noch der junge Schütz und von der Partei beauftragt, über die Verhältnisse zu berichten. Die Weber verdienten damals in der ganzen Woche 3 bis 4 Mark. Der Schütz schloß seine Berichte nach Berlin ab und schloß gut. Die Partei sammelte für die von der Regierung verheimlichten Weber.

Mit dem Alten führen wir über die Berge und durch die Täler. Er mußte viel zu erzählen aus jenem listigen Kampf, der von den Behörden mit Spiegeln und brutalen Machtmitteln geführt wurde; Versammlungen wurden verboten, Säle abgetrieben, Arbeiter brotlos gemacht, die Redner und Redaktoren verhaftet, führende Genossen ausgewiesen. Aber die Weber gaben nicht nach. Sie waren mehr als arm, und wenn sie ausschweifende Gelüste hatten, kauften drei bis vier Mann für einen Groschen Kirshen und aßen gemeinsam davon. Als Schütz einmal die Freunde bei einem alten Weber sammelte, hatte er Bier und Zigaretten kommen lassen. Das war ungeheuerlich. Und der Mann, in dessen Hütte sie saßen, hielt eine Rede. Er hielt seine Rede nicht an Schütz, nicht an die Partei, nicht an seine Kollegen, er hielt eine Rede an seinen Tisch und sagte im breiten Dialekt:

„Du alter Tisch, was du wohl denkst, was dir heute passiert, somas hast du in deinen ganzen Jahren noch nicht erlebt.“

Der Mann, der diese Rede hielt, ist schon lange tot, auch die alten Männer und Frauen von 1844 sind gestorben, aber man trifft im Gebirge noch auf Weber, die als Kinder bei den alten Rebellen gespielt haben. Die Zeitung der Weber hieß und heißt heute noch „Der Proletarier aus dem Culengebirge“. Wie schön ist das Gebirge! Liebliche sanfte Täler, wundervoll geschmeiste Waldberge, in den Tälern die schindelgedeckten Hütten, in denen manchmal noch im Winter handgewebt wird. Da ist Raschbach mit der alten „Waldschänke“, wo Rorich Jäger seine armen Freunde sammelte. Das Gastzimmer ist hell und freundlich, Blumen stehen an den Fenstern,

nichts erinnert mehr an jene Revolte. Das Gasthaus ist in die bürgerliche Sphäre der Wohlstandigkeit und des Fremdenverkehrs gerückt. Die Zeitung des Landbundes und der Generalanzeiger liegen auf dem weißgeschworenen Tisch. Der „Proletarier aus dem Culengebirge“ fehlt. Und doch war dieses Haus einmal Bethaus der Revolte, das Weberlied donnerte empor:

Hier im Ort ist ein Gericht,
noch schlimmer als die Femen,
wo man nicht erst ein Urteil spricht,
das Leben schnell zu nehmen . . .

Der Ort, von dem das Gedicht sagt, heißt Peterswaldau, und die „Herren, die die Henker sind“ haben noch heute ihre Fabrik da stehen, die Herren Zwanziger. Von Raschbach aus fahren wir durch alte Weberdörfer nach Vangenbielau. Bei den Textilarbeitern — sie haben ein schönes Verbandshaus — sehen wir die Lohnlisten der Weber von heute ein. Der Verdienst schwankt zwischen 20 und 30 Mark, aber wir hörten auch von einer Frau, die im Ufford wöchentlich 40 Mark verdiente. Dafür mußte sie auch acht Stühle bedienen. In Sachsen wird nur ein Stuhl bedient. Wir kommen auch mit dem alten Luz zusammen, einen von den kasperen Schneidern, die mit dem neuen Kleid der Menschheit arbeiten. Als Gerhart Hauptmann das Material für seine „Weber“ sammelte, kam er auch nach Vangenbielau, sah mit dem Schneider Luz zusammen und den alten Leuten, die mit gegen Zwanziger stürmten.

In Vangenbielau und auch in Peterswaldau sehen in der Strohenlucht der Proletenhäuser, die von großen Gärten umhüllten Villen der Fabrikanten. Auch die Villa der Gebrüder Zwanziger sehen wir. Sie ist von einer hohen Mauer umschlossen, große Bäume wachsen im Garten, die Fabrikgebäude schließen sich an. In der herrschaftlichen Brennerlei zum „Grünen Gatter“ — sie gehört dem Fürsten Stollberg — waren wir auch. In der großen Stube, von wo aus der Sturm begann, saßen einige Weber an den hölzernen Tischen. Ein alter, lauber Mann kam und bestellte ein großes Glas Korn. Die Wirtin führte uns in die alte Brennerlei, sie ist abgerissen. Auch den großen Kachelofen in der Stube hat man abgerissen, aber die Gaststube ist sonst unermindert. Von hier aus rollte der Donner, der eine ganze Welt aufhören ließ, der Donner, der auch noch heute gehört wird, die Verfluchung der alten Welt:

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
ihr häßlichen Dämonen,
ihr frecht der Armen Hab und Gut
und Fluch wird euch zum Lohne!

In dem neuen, angebauten Zimmer, es ist mit vielem Beweiß verzert, die Abzeichen bürgerlicher Vereine sehen von den Wänden, wird wohl kaum das Lied gesungen. Dort sitzen die kleinen Herren, die Reister, die Handlungsreisenden, die kleine Bourgeoisie. Die Wirtin ist sehr stolz auf diesen Raum. Wir gehen bad und kommen dann an die Fabrik von Zwanziger. Sie ist ein Komplex alter und neuer Gebäude, viele Stühle feiern, viele Arbeiter liegen auf der Straße, den Zwanzigern geht es nicht besonders gut, aber doch viel besser als ihren Proleten. Ein Weber kommt aus dem Fabrikator und trägt einige Ballen Tuch auf den Schultern. Seine rechte Hand ist verstümmelt.

„Zwanziger?“ fragen wir und er antwortet: „Ja, das ist die Fabrik von Zwanziger.“

„Zwanziger?“ wiederholen wir, „waren das nicht die Dreißiger, von denen der Dichter Hauptmann geschrieben hat?“

„Ja,“ sagt der Mann mit der verstümmelten Hand und blickt sich um, als befürchte er unsichtbare Lauscher.

„Und haben sie sich gebessert, die Herren Zwanziger?“ fragen wir weiter.

„Die . . . ? oh . . . die . . . ?“ antwortet er und wir wissen genug.

Wir pfeifen kesse: Hier im Ort ist ein Gericht . . .

Der Weber geht mit seinen Tuchballen weiter. Einmal dreht er sich um. Sein Gesicht strahlt. Er winkt mit der verstümmelten Hand.

Max Barthel

Schloime ihr eines Tages nachdrücklich. Es schied sich nicht sagte er zu ihr und zu dem Schlächtergesellen, sagte es vor den Ohren anderer Leute.

Im Herbst mußte Schloime, zum Einkauf neuer Waren, eine Reise in die Stadt tun. Er wurde erst am anderen Tage wiederkommen, betonte er beim Abschiednehmen. Nachmittags trat der Schlächtergeselle in den Laden: Einen Schmachtriemen! Seiner wäre ihm beim Inhaushängen eines halben gemegneten Dachsen gerissen! In die gebrauchteten Lederwaren sich in der Kammer nebenan befanden, ging Rebekka mit dem Schlächtergesellen in das Halbdunkel. Dort packte der Hüme die kleine Krämerfrau, hielt sie mit gestreckten Armen wie eine Puppe eine Zeit lang in die Luft, rief sie an sich und küßte sie. Ob er am Abend zu ihr kommen dürfe? Nein! — Nur um ihr von seiner Wanderung übers Gebirge zu erzählen? — Nein! — Ihr Mann wäre doch fort und käme erst am nächsten Abend wieder! — Nein! — Noch heut! — Man brauche ja das erstmal nicht gleich die ganze Nacht dazu. Zum Erzählen! Also heut abend! — Nein! — Nein! — Aber der Schlächtergeselle hatte sich schon aus dem Erdelraum durch den Laden ins Freie gelacht: Zum Erzählen — Zum Erzählen — — — (Schluß folgt.)

Der größte Zirkus der Welt.

Der größte Zirkus der Welt befindet sich selbstverständlich in den Vereinigten Staaten und gehört den Nachfolgern Barnums, den Brüdern Ringling. Der Direktor dieses Riesenzirkus, Georg Ringling, weist zurzeit in Kopenhagen, wo er dem Mitarbeiter einer führenden dänischen Zeitung einige Mitteilungen über sein gigantisches Unternehmen gemacht hat. „Vor 8 Jahren“, erzählte Direktor Ringling, „haben wir den Zirkus von Barnum und Bailey übernommen. Unser Zirkus besitzt 700 Pferde, 40 Elefanten und eine große Menge anderer Tiere. Wir haben 1700 Angestellte; das Inventar umfaßt nicht nur Reisezüge, sondern auch Eisenbahnen, die sich während unseres Aufenthaltes in einer Stadt in bequeme Wohnungen verwandeln lassen. Der Zirkus spielt auf dem Lande in einem Zeit, in dem 15 000 Zuschauer Platz haben, und in

dem 3 Manege und 4 Bühnen untergebracht sind. Es wird gleichzeitig auf sämtlichen Bühnen und Manege gespielt, wobei jede Nummer von einer Bühne auf die andere wandert und im Laufe des Abends also dreimal auf den Rundplätzen und viermal auf den Bühnen aufgeführt wird. In New York wird natürlich in einem richtigen Zirkusgebäude gespielt. Die Spielzeit in den Vereinigten Staaten dauert sieben Monate, die nur zum Teil in New York verbracht werden. 5 Monate verbringt das ganze Personal am sonnigen Floridastrand, wo man sich ausruht und neue Nummern für die kommende Saison einstudiert.“ Zum Schluß erzählte Ringling, daß der Weltkrieg die Zirkusarbeit nicht gelähmt habe. Seine größte Attraktion ist zurzeit ein See-Elefant, der 3 1/2 Tonnen wiegt.

Seit wann gibt es keine wilden Pferde mehr? Wilde Pferde gibt es in Deutschland schon lange nicht mehr. Doch kamen sie noch im 16. Jahrhundert, jedenfalls aber ganz bestimmt noch im 15. Jahrhundert in den großen deutschen Waldgebieten vor. Wann das letzte wilde Pferd im Thüringer Wald erlegt wurde, kann nicht gesagt werden, da es hierüber kein eigenliches Material gibt. Daß die Waldgegend Mitteleuropas im Altertum aber von Rudeln wilder Pferde belebt gewesen, wird durch eine Reihe geschichtlicher Zeugnisse bewiesen. Auch später fehlt es nicht an Belegen für das Vorkommen des wilden Pferdes in Deutschland und in den von Deutschland östlich gelegenen Ländern. So bitter beispielsweise Gregor III. im Jahre 732 den heiligen Bonifazius, den Genuß des Fleisches wilder Pferde nicht mehr zu gestatten. Doch ist es bekannt, daß noch um das Jahr 1000 die Bewohner von Sankt Gallen solches Fleisch gegessen haben. Im Jahre 1593 werden die wilden Pferde, die in den Vogesen lebten, ausführlich geschildert, und in Preußen jagte man noch zur Ordenszeit wilde Rosse, zu deren Erhaltung Herzog Albrecht im Jahre 1543 einen Schonungsbehl erließ. Nach den neuesten Forschungen scheint es festzustehen, daß es sich dabei nicht um verwilderte, sondern um wirklich wilde Pferde handelt, von denen es zwei verschiedene Rassen gab: ein schwerer, großer langköpfiger, westlicher Schlag, und ein kleiner, kurzköpfiger, östlicher Schlag. Die letzten Exemplare der letzten Rasse sind erst im 1880 in Rußland erlegt worden, wo man dieses Pferd Tartan nannte.

Funkwinkel.

Der Sender Wihleben reagiert mimosenhaft zart auf alle Dinge, die das Ohr des Berliner Westlers verletzen könnten. Noch einen braven Rufstift trägt am Sonntagabend Claire Walhoff ein Gedicht vor, das die Heberflüchtigkeit der Kriege, den Wachstumsgeiz der Dynastien und den noch größeren bestimmter Industrie- und Bankmagnaten anprangert. Nun, vielleicht hätte der Rundfunk den Angriff gegen Schwarzweißrot durchgehen lassen, aber einen Angriff auf das Kapital? Ganz unmöglich! Was würde der Kurfürstendamm dazu sagen, besonders wenn man bedenkt, daß hier ein Angriff auf die heiligsten Güter, nämlich auf die Inflation, stattfindet! Es mag jedoch einen leichten Einbruch, wenn man einfach ein derartiges Gedicht vorträgt, denn man spielt sich ja immer als den Toleranten und Weitherzigen auf. Deshalb hat man sich in Wihleben einen Sender zugelegt, der im entscheidenden Moment streift, die Töne verzerrt und störende Geräusche dazwischenstutet. Und erst wenn Herr Alfred Strauß kindliche Redarlischen singt, befindet sich der Sender auf seine eigentliche Bestimmung, Redarlischer beleidigen den Kurfürstendamm nicht. Eine außerordentlich praktische Einrichtung, die sich oft bewährt hat. Allerdings schon zu oft, so daß selbst das mächtigste Gemüt die Absicht merkt und verstimmt wird. Könnten übrigens nicht diese Kabarettabende endlich zu den Akten gelegt werden? — Die Übertragung der Kurmusik von S. W. in m. u. d. ist nicht besser als die aus anderen Ostseebädern. Da Berlin gute Kapellen besitzt, erübrigt sich diese Ostseespielerei von vornherein. Der Sommer wirkt verwüstend auf die Leitung der Funkstunde. Dr. Kurt Hübsam hält die Hörer auf, woher die Zeitungen Nachrichten beziehen, und Major Richard von Rehler feiert den Grafen Zeppelin in einem zu gestrafften militärischen Ton, findet aber einen Ausgleich zwischen persönlicher Anekdote und sachlichem Referat über die Bedeutung des Mannes.

Der brave Soldat Schwejk in Brieselang

Unter diesem Motto findet am **Sonnabend und Sonntag, dem 14. und 15. Juli**, in Brieselang ein

Jungsozialisten-Treffen

statt, zu dem auch die Partei- und Arbeiterjugend-Genossen herzlich eingeladen sind

Sonnabend ab 21 Uhr Rezitationen, Gesang, Musik. **Gedonkeler für die Wiener Todesopfer**. Ansprache. Abbrennen eines Holzstoßes. — Der Sonntag soll zur Förderung des Gemeinschaftslebens beitragen. Rezitationen, Stregreifspiele. **Also: AUF ZUM TREFFEN NACH BRIESELANG**

Ueber den Reformator des klassischen Dramas auf der Bühne, Georg von Meiningen, sprach Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch. Die Meiningen waren lange Zeit das Symbol für edlen Bühnenstil. Denn nach einer Epoche, in der sich auf dem Theater unerträgliches Stumpertum breit machen durfte, zeigten sie wohlgehaltene Bühnentum, die sich in jede Einzelheit durchgebildet war. Die Klassiker, die auf der deutschen Bühne nur noch ein Scheinleben führten und in Aufführungen herausgebracht wurden, die oft Parodien glichen, wurden dem deutschen Theater nun wiedergewonnen. Einen Vortrag, der gerade in diesen Tagen, wo die Welt mit Sorgen nach Amundsen anschaut, von besonderem Interesse ist, hielt Prof. Dr. Adolf Markuse: Warum und wie bestimmt man den Nordpol der Erde? — Die Heftigkeit nach dem Pol lohnt sich nicht — das war der wesentlichste Kern der Antwort, die der Redner auf den ersten Teil der Frage gab. Den Pol zu überfliegen, ist mehr eine sportliche als eine wissenschaftliche Angelegenheit. Es ist daher doppelt beschämend, daß sich Menschen

durch leichtsinnige Reforducht in Gefahr begeben, so daß als Folge davon andere, die zu ihrer Rettung herbeieilen, ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Die Erforschung des arktischen Gebietes hat dagegen sehr wohl praktischen Wert in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht. Max Dähner sprach unter dem Titel „An Schraubstock und Drehbank“ über den Beruf des Mechanikers. Er warnte besonders törichte Eltern davor, Kinder Mechaniker werden zu lassen, wenn diese nicht besondere Eignung für diesen Beruf haben. Auch der gelehrte Mechaniker ist heute in den meisten Fällen nichts anderes als ein Fabrikarbeiter, der Teilarbeit leisten muß. Nur einige wenige ringen sich zu selbständiger Tätigkeit durch. Alte Musik in guter Ausführung brachte der Nachmittag, moderne Orchestermusik der Abend. Das Wohlfahts-Einfoniorchester unter Artur Guttman's Leitung spielte sauber, aber ziemlich tempoarm.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladung zur dies. Nacht nur an das Jugendbureau, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Dienstag, 10. Juli, 19½ Uhr:

Kleinlicher Vortr.: Große Frankfurter Str. 15, Zimmer 2, S. W. Kino und Theater. — Gesundheitsklub: Gothenburger Str. 2. Der deutsche Jugendbergsverband. — Wedding-Nach: See-Eds. Turiner Str. 2. S. W. und S. W. — Galfplatz 12 Sonnenburger Str. 30. Fortbildung. — Jüdischer Arbeiterklub: Schöneberger Str. 2. S. W. — Schöneberg 1: Dautzstr. 15. Der Fortbildung Jugendklub. — Berlin 11: Dautzstr. 15, Zimmer 4. Der Krieg in der Gasse. — Reuthe 12: Sander-Eds. Dautzstr. 15. Sozialistische Erziehung. — Reuthe 13: Flugplatzstr. 7. Ergebnisse unter dem Sozialistenerker. — Reuthe 14: Köpenicker Str. 7. Die Aufgaben der Parlamente. — Reuthe 15: Flugplatz (Schule). Jugend und Partei. — Reuthe 16: Köpenicker Str. 46. Straße 1. Unter Wandern. — Köpenicker Str. 46. Hermann Löns. — Köpenicker Str. 14. Fortbildung. — Köpenicker Str. 14. Köpenicker Str. 14. Fortbildung. — Köpenicker Str. 14. Köpenicker Str. 14. Fortbildung. — Köpenicker Str. 14. Köpenicker Str. 14. Fortbildung.



PRODUKTIVWELT



Die neue Haarwäsche!

Wenn Sie unerwartet Besuch bekommen, oder eine plötzliche Einladung erhalten, so behandeln Sie rasch Ihr Haar mit Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon. In 3 Minuten ist es wundervoll rein, duftig und locker. Die Original-Dose zu 1 Mark reicht für lange Zeit.

Schwarzkopf Trocken-Schaumpon

die Schnellhaarwäsche ohne Wasser

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper unter d. Linden	Städtische Oper Bismarckstr.
25. August erste Vorstellung nach den Ferien	Ferienhalber geschlossen!
Staats-Oper Am Platz d. Republ.	Staatl. Schauspielh. an Unter den Eichen
25. August erste Vorstellung nach den Ferien	Ferienhalber geschlossen!
Staatl. Schiller-Theater, Charlitzb.	
Ferienhalber geschlossen!	

An schönen Sommertagen in den

LUNA PARK

Heute Eintritt 75 Pf.

Das nächste Fest: Sonnabend, 14. Juli Wochenende b. 2.10

Renaissance-Theater

Stieglitzplatz 901.

Das Bett

8½ Uhr

Theater des Westens

8½ Uhr

Lori Leux in Die ungeküßte Eva

Operette in 3 Akten. Musik v. Martin Knopf. Elise Böttcher, Kiper, Nerada, Stepanek

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf.

Werbung, welche für die kleine Anzeigensparteie und die kleine Anzeigensparteie... (text continues)

Möbel

Valentinstempel, „Primissima“-Metall... (text continues)

Volksbühne

Theater am Nikolaiplatz 17a, am Schloßbühlendamm

8½ Uhr

Orpheus in der Unterwelt

Der Kuhhandel

Walhalla-Th.

Weinbergsweg 19/20

Täglich 8½ Uhr

Der Wirt vom Heidekrug

Ein lustiges Spiel m. Gesang u. Tanz m. d. neuesten Schläger

Parkkauch Sonntags statt 4.— Mk.

nur 60 Pf.

Die besten Stelle des

Stadtbaurats für Tiefbau

(Magistratsamt) soll wegen Uebertritts des bisherigen Stadtbaurats in den Ruhestand neu besetzt werden. Die Wahl erfolgt nach den Bestimmungen der Städteordnung auf 12 Jahre. Bewerber müssen über Kenntnisse verfügen, die einer abgerundeten Hochschulausbildung entsprechen, und sich in verantwortlicher und leitender Stellung bewährt haben. Insbesondere sind eingehende Kenntnisse im Straßenbau und in der Realisation von Anlagen. Zum Aufgabenteil des Stadtbaurats gehört unter anderem auch die Vertretung des Magistrats im Ausschuss der „Städtische Werke K. G.“ (Gas- und Wasserwerke).

Befehl während der ersten Wahlperiode nach Gruppe Ia der Berufslichen Beförderungsskala plus 1000 RM. rückwirkend ab dem 1. Juli 1928. Nachgehalt und Vortrüblichenerforderung nach den ordnungsgemäßen Vorschriften.

Wahlungen mit Nebenlauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Besagen über bisherige Beförderung unter Angabe von Zustimmungsbescheinigungen bis zum 28. August 1928 an das Stadtvorordnenamt im Rathaus 170a.

Verfällige Besetzung nur nach Aufforderung.

Stollin, den 5. Juli 1928

Der Stadtvorordnenpräsident D. Ahrens.

Verkäufe

Reich 12 Monatsraten, Gesamtanzahlung, herzerregende Markenkleider, billige Kleider, Kleider gratis. (text continues)

Musikinstrumente

Einflügel, überaus preiswert, Piano, (text continues)

Theater am Kottbuscher Tor

Kottbuscher Str. 6 Tel.: Mpt. 16077

Täglich 8 Uhr

Elite-Sänger

allabendlich

Bombenerfolg!

Lachen ohne Ende. „Wasserratten“ sowie der unvergleichliche Soloteil.



Das Vorwaschen der Wäsche ist überflüssig!

Wenn Sie die Wäsche am Abend vor dem Waschtage in kalter Senkölauge einweichen, zeigt Ihnen das Aussehen der Wäsche am Morgen, wie schnell und gründlich Senko den Schmutz gelöst hat.

Senko

zum Einweichen!

Das Vorwaschen der Wäsche ist überflüssig!

Wenn Sie die Wäsche am Abend vor dem Waschtage in kalter Senkölauge einweichen, zeigt Ihnen das Aussehen der Wäsche am Morgen, wie schnell und gründlich Senko den Schmutz gelöst hat.

Senko

zum Einweichen!

Kaufgesuche

Wohlfühl, Knebelarm, höchstwertig, (text continues)

Vermietungen

Leidige Zweizimmerwohnung, (text continues)